

Zeitschriftenlese

AfP

Jg 30 (1999) Nr 3

Ullmann, Eike: Persönlichkeitsrechte in Lizenz? – S. 209 – 214

„Die zunehmende Vermarktung (das Merchandising) von Personen der öffentlichen Neugierde stellte die Frage nach dem angemessenen zivilrechtlichen Schutz immer wieder neu. Ist der Anspruch auf Ersatz des immatriellen Schadens das adäquate Mittel, um dem Sensationsjournalismus in die Tasche zu greifen? Der Verfasser, der Denkweise des Schutzes immatrieller Rechtsgüter verhaftet, nimmt den [...] Gedanken des Bereicherungsausgleichs auf. Auch der nicht vermarktungsbereite Prominente soll über die Eingriffskonkdition Anspruch auf Zahlung der angemessenen (fiktiven) Lizenzgebühr haben und sich darauf verweisen lassen, wenn er die Beeinträchtigung seiner ideellen Interessen reklamiert (Fall Caroline von Monaco).“

Kühling, Jürgen: Zu den möglichen Grenzen der Kommunikationsfreiheit. – S. 214 – 221

Nach einer Neustrukturierung des Kontrollapparates der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK) begann der neue ständige Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) am 1. November 1998 seine Arbeit. Bereits seit 1994 können auch natürliche Personen unmittelbar vor dem Gerichtshof klagen. Unsicherheiten in Bezug auf die Fortsetzung der alten Spruchpraxis ergeben sich für den Autor aus der Zeichnung der EMRK durch die mittel- und osteuropäischen Länder, die eventuell zu einer „größeren Zurückhaltung bei der Fortschreibung des gemeineuropäischen Grundrechtsstandards führen könnte“. Am 21. Januar 1999 hat der neue EGMR in öffentlicher Sitzung seine ersten fünf Urteile verkündet, von denen sich zwei – Fressoz & Roire und Janowski – mit der Kommunikationsfreiheit des Art. 10 EMRK befassen. Der Autor stellt diese beiden Urteile vor und kommt zu dem Ergebnis, dass der neue ständige Straßburger Gerichtshof in Bezug auf die Kommunikationsfreiheit die Rechtsprechungslinien des alten EGMR weiterzeichnet.

Ladeur, Karl-Heinz: Der Gesetzesvorbehalt bei der Frequenzuteilung im dualen System. – S. 221 – 227

Die Verteilung der terrestrischen Sendefrequenzen zwischen öffentlich-rechtlichem und privatem Rundfunk ist gerade in den letzten Jahren immer wieder Gegenstand politischer und rechtlicher Auseinandersetzungen geworden. Ein Beispiel hierfür ist der Streit um die Umwidmung einer Sendefrequenz für das Jugendprogramm des NDR, N-Joy. Der Autor stellt zunächst die Rechtsprechung des BVerfG zur Frequenzverteilung und die Landesgesetzgebung zur Frequenzverteilung im dualen System dar. In einigen Ländern ist das Verfahren so geregelt, dass zunächst eine Einigung zwischen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und der Landesmedienanstalt angestrebt wird und bei Scheitern der Verhandlungen eine Entscheidung der Landesregierung nach bestimmten

Kriterien vorgesehen ist. Eine im Nachhinein eintretende Veränderung zwischen Frequenz und Programm – wie im Fall N-Joy – ist nicht geregelt. Die gesetzlichen Kriterien für die Entscheidung des Senats seien wegen der eröffneten Wertungsspielräume für den staatlichen Akteur verfassungsrechtlich problematisch. Aber auch die vorgeschaltete Einigung ist Bedenken ausgesetzt, da fraglich sei, ob die Landesmedienanstalten als Interessenvertreter der privaten Anbieter angesehen werden könnten.

Kirchner, Christian: Preisbindungen für Verlagserzeugnisse?: Buchpreisbindung im deutschen Sprachraum und EG-Wettbewerbsrecht. – S. 227 – 233

Balkan Media

Jg 7 (1998) Nr 3 – 4

About the Parameters of the Research Project. – S. 4 – 6

Erjavec, Karmen: The Press System in Slovenia. – S. 6 – 8

Mirkovic, Sasa: Fighting for Press Freedom in Serbia. – S. 30 – 34

Jg 8 (1999) Nr 1

Milev, Rossen: From Media War to Media Understanding. – S. 1

The International Media Coverage of the Conflict: With Special Attention to the Media in South East Europe. – S. 7 – 17

Jugoslawien – Results and Perspectives. – S. 18 – 21

Jugoslawien – Major Polarizing Medialogems. – S. 22 – 23

Media Chronology of the Military Conflict. – S. 24 – 26

Civil Society and Democratic Media Development. – S. 30 – 34

Milev, Rossen: Eine neue Medienkultur auf dem Balkan als Element einer langfristigen Friedens- und Stabilitätsordnung. – S. 35 – 39

Communication Research

Jg 26 (1999) Nr 4

Gutierrez Hoyt, Elizabeth: Bridging established and emerging directions in communication research. – S. 379 – 384

Das Themenheft besteht aus eingeladenen Beiträgen von Promovenden, deren Arbeiten sich zugleich um zweierlei bemühen: um die Berücksichtigung veränderter sozialer Handlungsumgebungen, und um die Weiterentwicklung klassischer kommunikationswissenschaftlicher Fragestellungen und Konzepte.

Kwak, Nojin: Revisiting the Knowledge Gap Hypothesis: Education, Motivation, and Media Use. – S. 385 – 413

Der Autor untersucht die Auswirkungen von Bildungsgrad, Mediennutzung und Engagement anlässlich der Präsidentschaftswahlen 1992 in den USA, um Entstehung und Ausmaß von Wissensklüften zu erklären: Alle drei Faktoren müssen danach berücksichtigt werden.

Kiousis, Spiro; Bantimaroudis, Philemon; Ban, Hyun: Candidate Images Attributes: Experiments on the Substantive Dimension of the Second Level Agenda Setting. – S. 414 – 428

Yanovitzky, Itzhak; Bennett, Courtney: Media Attention, Institutional Response, and Health Behavior Change. – S. 429 – 453

Kang, Naewon; Choi, Junho H.: Structural Implications of the Crossposting Network of International News in Cyberspace. – S. 454 – 481

Graham, Philip: Critical Systems Theory: A Political Economy of Language, Thought, and Technology. – S. 482 – 507

Jg 26 (1999) Nr 5

Salwen, Michael B.; Dupagne, Michel: The Third-Person-Effect. – S. 523-549

Die Autoren schließen an die im Third Person Effect unterstellte Wahrnehmungshypothese (für andere ist der Medieneinfluss größer) eine Verhaltenshypothese (mehr Unterstützung für Einschränkungen von Medienbotschaften) an und untersuchen beide Hypothesen empirisch mit Hilfe einer Telefonumfrage. Während die Wahrnehmungshypothese allgemein bestätigt wird, hängt die Bestätigung der Verhaltenshypothese davon ab, auf welchen Themenbereich sie bezogen wird.

Valkenburg, Patti M.; Semetko, Holli A.; de Vreese, Claes H.: The Effects of News Frames on Readers' Thoughts and Recall. – S. 550 – 569

Zwei politische Informationen (über Kriminalität und die Einführung des Euro) wurden in vier verschiedene News-Rahmen (conflict, human interest, responsibility, economic consequences) verpackt und in zufälliger Zusammenstellung 187 Versuchspersonen zu lesen gegeben. Mit der Methode des „thought-listing“, d. h. des frei darüber Aussprechens von Gedanken, ergab sich ein signifikanter Einfluss dieser Rahmen und auch, dass human interest stories weniger gut erinnert werden.

Domke, David; McCoy, Kelly; Torres, Marcos: News Media, Racial Perceptions, and Political Cognition. – S. 570 – 607

Krcmar, Marina; Valkenburg, Patti M.: A Scale to Assess Children's Moral Interpretations of Justified and Unjustified Violence and Its Relationship to Television Viewing. – S. 608-634

Communication Theory

Jg 9 (1999) Nr 3

Hawes, Leonard C.: The dialogics of conversation: power, control, vulnerability. – S. 229 – 264

Lawrence, Samuel G.: The preoccupation with problems of understanding in communication research. – S. 265 – 291

Nabi, Robin L.: A cognitive-functional model for the effects of discrete negative emotions on information processing, attitude change, and recall. – S. 292 – 320

Schroll, Christopher J.: Theorizing the flip side of civic journalism: democratic citizenship and ethical readership. – S. 321 – 345

Computer und Recht

Jg 15 (1999) Nr 7

Ihde, Rainer: Das Pflichtenheft beim Softwareerstellungvertrag. – S. 409 – 414

Bei der Erstellung von Individualsoftware kommt dem Pflichtenheft eine zentrale Bedeutung zu. In ihm wird regelmäßig festgelegt, was die zu erstellende Software leisten soll und wie dieses Ziel erreicht werden kann. „Immer wieder ist das Pflichtenheft zum Gegenstand gerichtlicher Auseinandersetzungen zwischen Softwareersteller und Auftraggeber geworden. Wie in kaum einem anderen Bereich hat die Rechtsprechung hier widersprüchliche Ergebnisse erbracht. Der [...] Beitrag setzt die aufgetretenen Problemfelder in den Kontext von Begriffsanalyse und Anwendungserfahrung, um Anstöße zu einer sachgerechten Einordnung in das Regelungsgefüge der §§ 631 ff. BGB zu geben“.

Ellinghaus, Ulrich: Wegerechte für Telekommunikationsunternehmen. – S. 420 – 425

Gegenstand des Beitrags sind „die im Achten Teil des Telekommunikationsgesetzes (TKG) – ‚Benutzung der öffentlichen Wege‘ – geregelten Erleichterungen für die Errichtung und den Betrieb von Übertragungswegen für Telekommunikationsdienstleistungen auf fremdem Grund und Boden. Seit Inkrafttreten dieser Vorschriften vor nunmehr drei Jahren haben Praxis und Rechtsprechung damit begonnen, die Konturen der in den §§ 50 bis 58 vorgezeichneten Regelung für die Leitungserrichtung und Durchleitung unter Inanspruchnahme des Grundbesitzes Dritter herauszuarbeiten.“

Imping, Andreas: Vertragsgestaltung von Telefonanschlußverträgen im Festnetzbereich. – S. 425 – 431

Koenig, Christian; Loetz, Sascha: Sperrungsanordnungen gegenüber Network- und Access-Providern. – S. 438 – 445

„Die Verfasser gehen der Frage nach, ob behördliche Sperrungsanordnungen gegen Network- und Access-Provider eine Rechtsgrundlage in § 5 Abs. 4 Telemediengesetz“.

tegesetz (TDG) oder § 18 Abs. 3 Mediendienste-Staatsvertrag (MDStV) finden. Darüber hinaus soll ein Beitrag zur Einordnung der Network- und Access-Provider in das geltende Kommunikationsrecht geleistet werden. Als Ansatzpunkt dient die Unterscheidung zwischen dem 'übertragungsrechtlichen' Recht des TKG und dem inhaltsbezogenen Recht des TDG und des MDStV. Die Ausführungen werden durch einen Ausblick auf die gemeinschaftsrechtlichen Regulierungsvorhaben abgerundet. Das vielbeachtete Strafurteil gegen den früheren Geschäftsführer der deutschen CompuServe-Niederlassung war Anregung zu dieser Abhandlung, bildet aber nicht ihren Gegenstand."

Bettinger, Torsten: Abschlußbericht der WIPO zum Internet Domain Name Process. – S. 445 – 448

„Am 30. April 1999 hat die WIPO ihre abschließende Stellungnahme zu möglichen Reformen des Domain Name Systems veröffentlicht. Der sog. Final Report of the WIPO Internet Domain Name Process, der nun der Internet Corporation for Assigned Names and Numbers (ICANN) sowie den WIPO-Mitgliedsstaaten zur weiteren Erörterung vorgelegt wird, enthält wichtige Eckdaten zum zukünftigen Vergabesystem von Domainnamen sowie zur angestrebten außergerichtlichen Streitbeilegungsverfahren für Domainnamenskonflikte.“

Klöß, Oliver: Bundeskompetenz für ein Multimedia-Recht?. – S. 456 – 462

„Schon die Fragestellung mag verwundern: Durch die Aufteilung des Rechts der Multimediadienste in ein Informations- und Kommunikations-Gesetz (IuKDG) des Bundes und einen Mediendienste-Staatsvertrag (MDStV) der Länder sollte das Problem doch eigentlich geklärt sein. Bund und Länder haben sich über die Aufteilung ihrer jeweiligen Kompetenzen geeinigt und sozusagen in einem Akt der schieflich-friedlichen Absprache einen weltweit bislang einmaligen Rechtsrahmen für diesen zukunftsreichen Wirtschaftszweig geschaffen. Doch damit ist das kompetenzelle Problem mitnichten gelöst. Dieser Beitrag weist nach, dass Bund und Länder nicht die Befugnis haben, sich über die Kompetenzordnung des Grundgesetzes durch Einigung hinwegzusetzen. Letztlich entscheidet über die Bundeskompetenz für ein Multimedia-Recht der grundgesetzliche Rundfunkbegriff. Aus ihm folgt, dass das IuKDG die Bundeskompetenz im Recht der Multimediadienste zu weit ausdehnt und der MDStV die Länderkompetenz nicht ausschöpft.“

Fritzsche, Jörg: Haftung und Haftungsfreizeichnung in Informationsbeschaffungsverträgen. – S. 462 – 469

Jg 15 (1999) Nr 8

Schabel, Thomas: EDV-Aufträge der öffentlichen Hand – Vergabeverfahren: Auftragsvergabe nach der Umsetzung der EG-Dienstleistungsrichtlinie. – S. 477 – 484

Gramlich, Ludwig: Die Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post im Jahre 1998. – S. 489 – 496

Härtig, Niko: Referentenentwurf für ein neues Fernabsatzgesetz. – S. 507 – 511

Mankowski, Peter: Internet und besondere Aspekte des Internationalen Vertragsrechts (I). – S. 512 – 523

Beucher, Klaus; Schmoll, Andrea: Kryptotechnologie und Exportbeschränkungen. – S. 529 – 534

Jg 15 (1999) Nr 9

Moritz, Hans-Werner: Der Softwarepflegevertrag: Abschlusszwang und Schutz vor Kündigung zur Unzeit?. – S. 541 – 545

Müller, Knut: Das „neue“ Recht der Scheinselbstständigkeit: Auswirkungen auf die EDV-Branche und Vermeidungsstrategien bei der Vertragsgestaltung. S. 546 – 552

Demmel, Annette; Skrobotz, Jan: Rechtsfragen der Nutzung von Premium rate-Diensten (0190er Nummern). – S. 561 – 566

„Die Nutzung von Dienstleistungen mittels Telekommunikationseinrichtungen hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Insbesondere die Auskunftsdiens-te (sog. Premium-rate-Dienste) unter den ‚0190-Nummern‘ haben zu Diskussionen geführt und sind Gegenstand zahlreicher Gerichtsverfahren geworden. Im Vordergrund stehen die Rechtsberatung per Telefon als neue Form der anwaltlichen Tätigkeit, Telefonsex-Angebote sowie die Nutzung der Auskunftsdienste durch Minderjährige. Die Verfasser zeigen auf, dass für sämtliche Probleme die Vertragsverhältnisse bedeutsam sind, welche den Telefonaten und etwaigen Entgeltansprüchen zugrunde liegen. Hierzu werden die vertraglichen Beziehungen zwischen den verschiedenen Beteiligten näher beleuchtet und deren Wirksamkeit im Einzelnen untersucht.“

Vassilaki, Irini E.: Strafverfolgung der grenzüberschreitenden Internet-Kriminalität: Prolegomena zur rationalen Strukturierung des internationalen Strafprozessrechts. – S. 574 – 580

„Die rasante Entwicklung der Informationstechnologien hat eine Vielzahl neuer Kriminalitätsformen hervorgerufen, die Gegenstand strafrechtlicher Entscheidungen gewesen sind. Die Verfasserin greift eine Reihe von Problemen auf, die sich im Rahmen der strafrechtlichen Verfolgung der grenzüberschreitenden Internet-Kriminalität ergeben. Dabei stehen die Fragen der Durchsuchung eines Netzwerkes, der Beschlagnahme von Daten und der Überwachung der Telekommunikation im Vordergrund. Im Ergebnis hält die Verfasserin einen Wandel des Strafverfolgungsrechts für notwendig, um den Anforderungen der Informationsgesellschaft nach Verabschiedung der geographischen Staatsgrenzen einerseits und der Anwendung des materiellen Strafrechts andererseits Rechnung zu tragen. Dieser Wandel ist in einem Übergang zu einem dreistufigen System der zunehmenden internationalen Rechtshilfe, grundrechtsorientierter Harmonisierung und bereichsspezifischen Vereinheitlichung zu vollziehen.“

Mankowski, Peter: Internet und besondere Aspekte des Internationalen Vertragsrecht (II). – S. 581 – 588

„Aufgrund der steigenden Zahl von Verträgen mit Auslandsbezug über das Medium Internet stellt sich verstärkt die Frage der Anknüpfung der einzelnen Typen von Internet-Verträgen im Internationalen Vertragsrecht. Überdies muss sich das Internationale Privatrecht (IPR) den Herausforderungen neuer, durch das Internet veränderter Dienstleistungsangebote stellen. Nachdem sich der erste Teil des Beitrags (CR 1999, 512) mit den einzelnen besonderen Vertragstypen und den Veränderungen der Leistungsangebote beschäftigt hat, widmet sich der 2. Teil den so genannten virtuellen Fabriken und Unternehmen, den Auswirkungen von Bezahlen mit e-cash oder cybermoney sowie der Anwendung des UN-Kaufrechts bei Verträgen über das Internet und der Anknüpfung der Form von Verträgen bei Internet-Sachverhalten.“

Hürten, Robert: Transparenz in Streitfällen durch „Software Metrik“. – S. 596 – 598

Convergence

Jg 5 (1999) Nr 2

Young, Paul: The Negative Reinvention of Cinema: Late Hollywood in the Early Digital Age. – S. 24 – 50

Faden, Eric S.: Assimilating New Technologies: Early Cinema, Sound, and Computer Imagery. – S. 51 – 79

Manovich, Lev: Database as Symbolic Form. – S. 80 – 99

Cultural studies

Jg 13 (1999) Nr 3

Moreiras, Alberto: Hybridity and double consciousness. – S. 373 – 407

Turner, Stephen: A Legacy of colonialism: The uncivil society of Aotearoa/New Zealand. – S. 408 – 422

Katz, Adam: On „Maelstroms large and small, metaphorical and actual“: „Gray Zones“ in the writings of Primo Levi. – S. 423 – 447

Wolff, Kurt H.: A structure to play with: on the Italian adage, „se non è vero è ben trovato“. – S. 448 – 465

Patton, Cindy: How to do things with sound. – S. 466 – 487

Negus, Keith: The music business and rap: Between the street and the executive suite. – S. 488 – 508

Hosokawa, Shuhei: „Salsa no tiene frontera“: Orquesta de la Luz and the Globalization of Popular Music. – S. 509 – 534

Diffusion

(1999) summer

Blanchart, Jean-Louis: Is public-service broadcasting compatible with the free-market economy?. – S. 6 – 9

Fansten, Michel: The terms of the debate. – S. 10 – 13

Boudgast, Peter; Frenzel, Albrecht: Germany: Federal diversity of organizations, programme remits and funding models. – S. 14 – 17

Wyatt, Will: Life and death broadcasting. – S. 18 – 19

Malesani, Peter Luigi: RAI and public-service broadcasting in Italy. – S. 20 – 21

Billaudeau, Valérie Magnan: Spain, Greece and Portugal: Underfinanced to meet technological challenges. – S. 22 – 23

Lovitt, Gordon: The funding of Czech Television. – S. 24 – 25

European Journal of Communication

Jg 14 (1999) Nr 3

Esser, Frank: „Tabloidization“ of news: a comparative analysis of Anglo-American and German press journalism. – S. 291 – 324

Negrine, Ralph: Parliaments and the media: a changing relationship?. – S. 325 – 352

Conboy, Martin: The discourse of location: realigning the popular in German cinema. – S. 353 – 378

Neveu, Erik: Politics on French television: towards a renewal of political journalism and debate frames? – S. 379 – 410

Grimme

Jg 22 (1999) Nr 3

Heidsiek, Birgit: Spiel mit doppeltem Boden. – S. 10 – 12

Genrich, Stefan: Dokumente des Zeitgeistes: Wochenschauen. – S. 14 – 16

Spies, Ulrich: Eine Frage der Machart: Kriegsberichterstattung. – S. 48 – 51

Journal of Broadcasting & Electronic Media

Jg 43 (1999) Nr 2

Moy, Patricia; Pfau, Michael; Kahlor, LeeAnn: Media Use and Public Confidence in Democratic Institutions. – S. 137 – 158

Mullen, Lawrence J.: Television News and Contentiousness: An Explanatory Study of Visual and Verbal Content in News about the President. – S. 159 – 174

Weintraub Austin, Erica; Bolts, Paul D.; Fujio-ka, Yuki: How and Why Parents Take on the Tube. – S. 175 – 192

Bucy, Erik P.; Newhagen, John E.: The Micro- and Macrodrama on Television: Effects of Media Format on Candidate Evaluations. – S. 193 – 210

Reith, Margaret: Viewing of Crime Drama and Authoritarian Aggression: An Investigation of the Relationship Between Crime Viewing, Fear, and Aggression. – S. 211 – 221

Hallmark, James R.; Armstrong, Richard N.: Gender Equity in Televised Sports: A Comparative Analysis of Men's and Women's NCAA Division I Basketball Championship Broadcasts, 1991 – 1995. – S. 222 – 235

Lipschultz, Jeremy H.; Hilt, Michael L.: Mass Media and the Death Penalty: Social Construction of Three Nebraska Executions. – S. 236 – 253

Ross, Susan Dente: Doors to Diversity: The First Amendment Implications of Telephone Company Video Options under the Telecommunications Act of 1996. – S. 254 – 270

Kiernan, Vincent; Levy, Mark R.: Competition Among Broadcast-Related Web Sites. – S. 271 – 279

Barbatsis, Gretchen S.: Hypermediated Telepresence: Sensemaking Aesthetics of the Newest Communication Art. – S. 280 – 298

Journal of Communication

Jg 49 (1999) Nr 3

McLeod, Douglas M.; Detenber, Benjamin H.: Framing effects of television news coverage of social protest. – S. 3 – 23

Krcmar, Marina; Greene, Kathryn: Predicting exposure to and uses of television violence. – S. 24 – 45

Oliver, Mary Beth: Caucasian viewers' memory of black and white criminal suspects in the news. – S. 46 – 60

Bird, S. Elizabeth: Gendered construction of the American Indian in popular media. – S. 61 – 83

Parameswaran, Radhika: Western romance fiction as English-language media in postcolonial India. – S. 84 – 105

Peri, Yoram: The media and collective memory of Yitzhak Rabin's remembrance. – S. 106 – 124

Berkowitz, Dan; TerKeurst, James V.: Community as interpretive community: rethinking the journalist-source relationship. – S. 125 – 136

McOmber, James B.: Technological autonomy and three definitions of technology. – S. 137 – 153

Journal of communication inquiry

Jg 23 (1999) Nr 4

McLaughlin, Lisa: Beyond „Seperate Spheres“: Feminism and the Cultural Studies/Political Economy Debate. – S. 327 – 354

Lauzen, Martha M.; Dozier, David M.: The Role of Women on Screen and behind the Scenes in the Television and Film Industries: Review of a Program of Research. – S. 355 – 373

Tracy, James F.: Whistle while you Work: The Disney Company and the Global Division of Labor. – S. 374 – 389

Huntemann, Nina: Corporate Interference: The Commercialization and Concentration of Radio post the 1996 Telecommunications Act. – S. 390 – 407

Gunn, Joshua: Marilyn Manson Is Not Goth: Memorial Struggle and the Rhetoric of Subcultural Identity. – S. 408 – 431

Hartsock, John C.: „Literary Journalism“ as an Epistemological Moving Object within a Larger „Quantum“ Narrative. – S. 432 – 447

Journal of Media Economics

Jg 12 (1999) Nr 3

Greco, Albert N.: The Impact of Horizontal Mergers and Acquisitions on Corporate Concentration in the U.S. Book Publishing Industry: 1989 – 1994. S. 165 – 180

Trotz augenfälliger Fusionen zeigt die Analyse der Entwicklung des Buchmarktes in den USA keine Tendenz zur Monopolbildung – im Gegensatz zu der gängigen These Bagdikians. Als Erklärung wird u. a. auf die geringen Marktzutrittsbarrieren im Buchmarkt verwiesen.

Lutzhöft, Niels; Machill, Marcel: The Economics of French Cable Systems as Reflected in Media Policy. – S. 181 – 199

Gershon, Richard A.; Egen, Bradley M.: Retransmission Consent, Cable Franchising, and Market Failure: A Case Study Analysis of WOOD-TV 8 Versus Cablevision of Michigan. – S. 201 – 224

Jg 12 (1999) Nr 4

Smith, Ken: Preprints Versus Display Advertising: Which is More Profitable for Nondaily Newspapers?. – S. 233 – 245

Picard, Robert G.; Lacy, Stephen: Legal and Economic Aspects in Theft of Newspapers: Using a Model of Newspaper Value. – S. 247 – 263

Hyuhn-Suhck, Bae: Product Differentiation in Cable Programming: The Case in the Cable National All-News Networks. – S. 265 – 277

Für eine Woche im Oktober 1997 werden die Programmstrukturen der US-Nachrichtensender CNN, FNC und MSNBC verglichen. Es zeigt sich, dass die Programme zum jeweiligen Zeitpunkt meist gegensätzlich gestaltet sind und dadurch Programmvelfalt entsteht. CNN erreicht dabei ein älteres Publikum (mehrheitlich 55 Jahre und älter) als die Konkurrenten.

Journalism & Mass Communication Quarterly

Jg 76 (1999) Nr 2

Durham, Meenakshi Gigi: Girls, media and the negotiation of sexuality: a study of race, class, and gender in adolescent peer groups. – S. 193 – 216

Koehler, Elizabeth M.: The variable nature of defamation: social mores and accusations of homosexuality. – S. 217 – 228

Corbett, Julia B.; Mori, Motomi: Medicine, media, and celebrities: news coverage of breast cancer, 1960-1995. – S. 229 – 249

Blanks Hindman, Douglas et al: Structural pluralism, ethnic pluralism, and community newspapers. – S. 250 – 263

Middlestadt, Susan E.; Barnhurst, Kevin G.: The influence of layout on the perceived tone of news articles. – S. 264 – 276

Gunther, Albert C.; Christen, Cindy T.: Effects of news slant and base rate information on perceived public opinion. – S. 277 – 292

Grabe, Maria Elizabeth; Zhou, Shuhua; Barnett, Brooke: Sourcing and reporting in news magazine programs: „60 Minutes“ versus „Hard Copy“. – S. 293 – 311

Chang, Kuang-Kuo: Auto trade policy and the press: auto elite as a source of the media agenda. – S. 312 – 324

Lacy, Stephen; Coulson, David C.; Cyr, Charles St.: The impact of beat competition on city hall coverage. – S. 325 – 340

Li, Hairong; Bukovac, Janice L.: Cognitive impact of banner ad characteristics: an experimental study. – S. 341 – 353

Nelson, Michelle R.; Hitchon, Jacqueline C.: Loud tastes, colored fragrances, and scented sounds: how and when to mix the senses in persuasive communications. – S. 354 – 372

Sundar, S. Shyam: Exploring receivers' criteria for perception of print and online news. – S. 373 – 386

Faktorenanalysen der Bewertung von gedruckten Nachrichten einerseits und Online-Nachrichten andererseits führen zu dem Ergebnis, dass den Bewertungen weitgehend vergleichbare Faktoren zugrunde liegen: Glaubwürdigkeit, Ansprache von Gefühlen, professionelle Gestaltung und Nachrichtenwert.

Kommunikation und Recht**Jg 2 (1999) Nr 7**

Säcker, Franz Jürgen; Callies, Galf-Peter: Billing und Inkasso fremder Telekommunikationsdienstleistungen (I): Zur Auslegung von §33 TKG und §15 TKV. – S. 289 – 298

Für das rasche Entstehen wirksamen Wettbewerbs im Zuge der Liberalisierung der Telekommunikation war die künstliche Aufspaltung des Markts für Sprachtelefonien in einen Markt für Teilnehmeranschlüsse und Ortsgespräche sowie in einen selbstständigen Markt für Ferngespräche besonders entscheidend. Als Folge dieser Separierung ergibt sich das Problem der Abrechnung der Leistungen der Verbindungsnetzbetreiber gegenüber dem Kunden. Weitgehend ungeklärt ist dabei nach Auffassung der Autoren, ob und inwieweit der Anbieter des allgemeinen Netzzugangs rechtlich verpflichtet ist, an der Abrechnung und am Inkasso von Fernverbindungsleistungen seiner Wettbewerber mitzuwirken. Vor diesem Hintergrund stellt der Beitrag in einem ersten Teil die faktischen Gegebenheiten und Vertragsbeziehungen auf dem Markt für Ferngespräche dar und untersucht, welche Verpflichtungen sich aus §15 TKV für Anbieter von Teilnehmeranschlüssen ergeben.

Koenig, Christian; Loetz, Sascha: Rechtsnatur der Zusammenschaltungsanordnung nach §37 TKG. – S. 298 – 305

Die folgende Abhandlung widmet sich der Rechtsnatur der Zusammenschaltungsanordnung nach § 37 Abs.1 S.1 TKG. Dabei werden Wirkung und Funktion dieses Instruments sowohl innerhalb des Telekommunikationsrechts als auch des Verwaltungsrechts dogmatisch eingeordnet. So wird dargelegt, dass die Zusammenschaltungsanordnung die Konstruktion eines „angeordneten Vertrags“ nahe legt. Auch wird aufgezeigt, dass sich die Zusammenschaltungsanordnung auf ein konkretes Zusammenschaltungsbegehren mit der Folge bezieht, dass spätere privatautonome Vertragsänderungen nicht mehr von der Anordnung erfasst werden. Wenn sich die Entscheidungs- und Bindungswirkung der Zusammenschaltungsanordnung nur auf den im Zeitpunkt der behördlichen Anordnung bestehenden Dissens der

Parteien bezieht, wäre es konsequent, das Vertragsverhältnis der Parteien nur in seiner Entstehung, nicht aber in seinem Bestand als öffentlich-rechtlich zu qualifizieren.

Sieber, Stefanie; Klimek, Oliver Alexander: Werbung in Push-Diensten: Zulässige unaufgeforderte kommerzielle Kommunikation?. – S. 305 – 312

Angeichts der derzeit vorherrschenden Meinung, die die unaufgeforderte Zusendung von Werbung per E-Mail zum einen für wettbewerbswidrig hält, zum anderen darin einen Verstoß gegen § 823 Abs.1 BGB als Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts oder als Eingriff in den eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb sieht, stellen die Verfasser im folgenden Beitrag konsequenterweise die Frage nach der wettbewerbsrechtlichen Zulässigkeit der Werbung in Push-Diensten. Der Aufsatz beleuchtet zunächst die technischen Grundlagen und Hintergründe der Push-Technologie. Im Anschluss daran stellt sich die Frage der grundsätzlichen Zulässigkeit von Werbung in Push-Diensten. Den Abschluss der Untersuchung bildet schließlich eine Darstellung der wettbewerbsrechtlichen Grenzen der Werbung in derartigen Diensten.

Brodey, Martin; Jacob, Agnieszka: Frequenzstreitigkeiten in Österreich. – S. 312 – 316

Nach vorangegangenen monatelangen Auseinandersetzungen hat der österreichische Verfassungsgerichtshof die bescheidmäßige Zuteilung von 2 x 5 MHz aus dem für DCS-1800 reservierten Bereich durch die Regulierungsbehörde an die Mobilkom Austria AG mit Urteil vom 24. 2. 1999 für rechtmäßig erkannt und eine den Bescheid der Regulierungsbehörde bekämpfende Verfassungsbeschwerde der Connect Austria als unbegründet abgewiesen. Die Hintergründe dieser Entscheidung sowie deren wesentliche Inhalte werden im Folgenden kurz dargestellt.

Jg 2 (1999) Nr 8

Säcker, Franz Jürgen; Callies, Graft-Peter: Billing und Inkasso fremder Telekommunikationsdienstleistungen (II): Zur Auslegung von §33 TKG und §15 TKV. – S. 337 – 345

Waldenberger, Arthur: „Alles schwebend unwirksam“ – Distanzgeschäfte nach dem Referentenentwurf eines Fernabsatzgesetzes. – S. 345 – 354

Mit dem Referentenentwurf zum Fernabsatzgesetz hat das Bundesjustizministerium einen Vorschlag zur Umsetzung der Fernabsatzrichtlinie unterbreitet. Nach Ansicht des Autors hat das Ministerium die Rechtsnatur des in der Richtlinie vorgesehenen „Widerrufsrechts“, das in der Sache nach ein Rücktrittsrecht sei, verkannt. Der Vorschlag, nahezu alle Fernabsatzverträge für zunächst schwebend unwirksam zu erklären, sei für die Praxis untauglich. Zudem setzten die Vorgaben der Richtlinie einen wirksam geschlossenen Vertrag voraus. Auch die Änderungen sonstiger Vorschriften durch das geplante Gesetz werden vom Autor kritisiert.

Stettner, Rupert: Das bayerische alternative Rundfunkmodell nach dem „extra-radio“-Beschluss des Bundesverfassungsgerichts. – S. 355 – 362

„Mit dem am 20. 2. 1998 gefällten ‚extra-radio‘-Beschluss nahm das Bundesverfassungsgericht zum bayerischen Modell eines öffentlich-rechtlichen Rundfunks unter Beteiligung privater Rundfunkangebote Stellung. Das Judikat widmet sich nur einem einzigen rechtlichen Problem, nämlich der Frage, ob Rundfunkanbietern in Bayern neben oder gar anstelle der bisher einhellig als Trägerin des Rundfunkgrundrechts angesehenen Bayerischen Landeszentrale für neue Medien (BLM) das Rundfunkgrundrecht zukommt, was bejaht wird, und wie im rundfunkrechtlichen Zulassungsverfahren vor dem Hintergrund der Einwirkung des Rundfunkgrundrechts der Beteiligten zu verfahren ist. Leider sind die Aussagen der Entscheidung zu der durch sie etablierten Grundrechtskollision so sybillinisch, dass ein erheblicher Interpretationsbedarf besteht. Der [...] Beitrag beleuchtet den kontroversen Meinungsstand um das bayerische alternative Rundfunkmodell und nimmt ausführlich Stellung zu der neuen Rechtslage.“

Nordmann, Matthias; Schumacher, Stephan: Escrow-Agreement: Softwarehinterlegung in der Praxis. – S. 363 – 366

Beilage zu Nr 8

Klett, Detlef; Redelfs, Kirsten: Millennium Bug: Ansprüche des Softwareanwenders gegen Softwarelieferanten oder -hersteller. – S. 2 – 9

von Westphalen, Friedrich: Der Jahr-2000-Fehler und die Verteilung der Beweislast. – S. 9 – 13

Mayer, Frank M.: Jahrtausendwechsel: Risikovermeidung durch strukturierte Projektorganisation. – S. 13 – 17

Bonnar, Richard: Current Year 2000 legal issues in the United Kingdom. – S. 17 – 20

Jg 2 (1999) Nr 9

Schmidt, Kurt: Entgeltregulierung für Telekommunikationsdienstleistungen. – S. 385 – 390

Der Autor ist der Vorsitzender der Beschlusskammer 3 in der Regulierungsbehörde für Post und Telekommunikation. „Hauptanliegen der [...] Ausführungen [des Autors] ist eine Gesamtdarstellung des Entgeltregulierungssystems unter Verzicht auf vertiefende Einzelanalysen. Im Anschluss an eine begriffliche Erläuterung wird die Entgeltregulierung [...] unter acht Gesichtspunkten betrachtet. Dabei wird neben den verfolgten Zielen auf die geltenden Rechtsnormen, das verfügbare Instrumentarium, seine Anwendung in der Rechtspraxis sowie die dafür geschaffenen organisatorischen Voraussetzungen und Verantwortlichkeiten eingegangen. Zur besseren Überschaubarkeit werden

die speziellen Verbraucherschutzaspekte nur am Rande angesprochen [...]“.

Stögmüller, Thomas: Auktionen im Internet. – S. 391 – 395

Beuthien, Volker; Schmölz, Anton Sebastian: Persönlichkeitsschutz durch Gewinnherausgabe. – S. 396 – 398

Rosenberg, Oliver von: Liability of Internet providers in the framework of the U.S. digital millennium copyright act. – S. 399 – 411

Jg 2 (1999) Nr 10

Jochimsen, Reimut: Medienaufsicht in der Kontroverse – Konzentration, Kontrolle und KEK. – S. 433 – 442

Der Autor ist Vorsitzender der Kommission zur Ermittlung der Konzentration im Medienbereich (KEK). Diese ist seit 1997 für die Beurteilung von Konzentrationsprozessen in Bezug auf die bundesweite Veranstaltung von Fernsehprogrammen zuständig und besteht aus sechs Sachverständigen, die von den Ministerpräsidenten der Länder für die Dauer von fünf Jahren einvernehmlich berufen werden. In dem Beitrag werden die aktuellen Verflechtungen im Bereich des bundesweiten Fernsehens – insbesondere die Beteiligungsverhältnisse an den Sendern der CLT-UFA-Gruppe, der KirchGruppe und von Rupert Murdoch – dargestellt. Der Autor bekräftigt die Ansicht der KEK, dass die Konzentration im Medienbereich nicht allein am Zuschauermarktanteil der Unternehmen festgemacht werden könne, sondern qualitative Kriterien hinzu zu ziehen seien. Insbesondere müsse die Stellung der Rundfunkunternehmen auf verwandten Märkten auch dann berücksichtigt werden, wenn der jeweilige Zuschauermarktanteil unter der von einigen Autoren präferierten Grenze von 28,5 % liege. Einzubeziehen sei vor allem die vertikale Konzentration, also die Stellung auf vor- und nachgelagerten Märkten wie der Beschaffung von Programmrechten und der Fernsehproduktion. Am Ende seiner Ausführungen weist der Autor auf aktuelle Entwicklungen hin, die von großer Bedeutung für die Medienkontrolle sind. Dazu zählen Tendenzen hin zu mehr freiwilliger Selbstkontrolle, die Digitalisierung der Verbreitungstechnik und die Rechtsetzung auf europäischer Ebene (etwa der Richtlinienentwurf zum elektronischen Handel).

Tettenborn, Alexander: Auf dem Weg zu einem einheitlichen Rechtsrahmen für den elektronischen Rechtsverkehr – der 2. Versuch ... – S. 442 – 444

„Die sog. E-Commerce-Richtlinie wurde bereits vom Autor in der K&R 6/ 1999 [S. 252] behandelt. Der geänderte Kommissionsvorschlag als Antwort auf die Stellungnahme und zahlreiche Änderungsvorschläge des Europaparlaments wird hier einer ersten – vorläufigen – Bewertung unterzogen.“

Kaiser, Andreas; Voigt, Dennis: Vertragsschluss und Abwicklung des Electronic Commerce im Internet – Chancen und Risiken. – S. 445 – 453

„Die zunehmende Attraktivität des Internet und die unermüdlige Suche nach einer wirtschaftlich sinnvollen Nutzung dieses Mediums hat für zahlreiche Unternehmen ein Engagement im Bereich Electronic Commerce zum vieldiskutierten Thema werden lassen. Wie ein Unternehmen von der bloßen Informationsbereitstellung über Vertragsschluss und -erfüllung bis zur Abwicklung des Zahlungsverkehrs im Internet präsent sein kann, zeigt [der] Beitrag, der Stellung nimmt zu Fragen des Rechtsrisikos und der Sicherheit bei Vertragsschlüssen im Internet.“

Hoffmann, Michael; Gabel, Detlev: US-Patente vereinen die Datenautobahn. S. 453 – 456

„Der elektronische Geschäftsverkehr gilt als der Wirtschaftszweig der Zukunft. Durch äußerst verheißungsvolle Entwicklungsprognosen animiert, wollen immer mehr Wirtschaftstreibende daran teilnehmen und – haben. Im Zuge ihres Engagements ergibt sich dann sehr schnell das Problem eines wirksamen rechtlichen Schutzes für die bereits getätigten und noch beabsichtigten Investitionen. Die diesbezüglichen Sorgen erstrecken sich gleichermaßen auf die für den Internetauftritt notwendige Software und auf die insgesamt hinter den Bestrebungen stehende Geschäftsidee. Der [...] Beitrag geht der großzügig anmutenden US-amerikanischen Patentvergabepraxis für Internetanwendungen auf den Grund, die eine weltweite Vorreiterrolle zu spielen scheint.“

Humpert, Christian: Regulierung des Telekommunikationsmarkts in Großbritannien. – S. 457 – 463

Für die Regulierung der Telekommunikation sind in Großbritannien das Office of Telecommunications (OFTEL) und der diesem vorstehende Director General of Telecommunications (DGT) zuständig. „Seit der Privatisierung von British Telecommunications 1984 hat sich die Rolle der Regulierungsbehörde gewandelt. Je mehr Wettbewerb herrschte, desto geringer wurden die regulatorischen Eingriffe. Im Laufe der Jahre wurden von der Regulierungsbehörde die Preise für BTs Telefonverbindungen und die Netzsammelschaltungsgebühren regelmäßig und detailliert festgelegt. Es wurden Voraussetzungen dafür geschaffen, dass jeder Bürger des Vereinigten Königreiches angemessen mit Telekommunikationsdienstleistungen versorgt wird und ein gewisses Mindestmaß an Qualitätsstandards geschaffen wurde. Dieser Aufsatz stellt Gestalt und Wirken der britischen Regulierungsbehörde vor.“

Media Perspektiven (1999) Nr I

Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zur Zulässigkeit von Rundfunkgebühr und Gebührenanteil für die Landesmedienanstalten vom 9. Dezember 1998. – S. 1 – 11

(1999) Nr 7

Krüger, Udo Michael: Stabile Programmstruktur trotz besonderer Fernsehereignissen: Programmanalyse 1998: ARD, ZDF, RTL, SAT 1 und Pro Sieben im Vergleich. – S. 322 – 339

„Die systematischen Unterschiede zwischen den beiden öffentlich-rechtlichen Hauptprogrammen auf der einen und den drei großen Privatsendern auf der anderen Seite bleiben ... auch 1998 bestehen: Bei ARD und ZDF dominieren die Informationsangebote ..., bei den Privaten die fiktionalen und nonfiktionalen Unterhaltungsangebote ...“ Der Beitrag enthält zahlreiche tabellarisch dargestellte Daten zu Unterhaltungs- und Informationsangeboten bei öffentlich-rechtlichen und privaten Sendern.

Gerhard, Heinz: Programmanalysen im Vergleich: Anmerkungen zu Unterschieden in Methode, Aufgabenstellung und Ergebnissen. – S. 340 – 344

„Die ARD/ZDF-Programmanalyse untersucht seit 1985 kontinuierlich die Programmleistungen der öffentlich-rechtlichen und der kommerziellen Fernsehprogramme. Der Autor beschreibt deren methodisches Instrumentarium im Vergleich zu den beiden anderen regelmäßigen Programmanalysen in Deutschland, der AGF-Sendungs-codierung und der Studie der Landesmedienanstalten ...“

Röper, Horst: Formationen deutscher Medienmultis 1998/99: Entwicklungen und Strategien der größten deutschen Medienunternehmen. – S. 345 – 378

In seiner regelmäßigen Analyse der wirtschaftlichen Verflechtungen im deutschen Medienmarkt beschreibt der Autor die aktuellen Entwicklungen bei den Konzernen Kirch, Bertelsmann, Gruner + Jahr, Springer, Holtzbrinck, WAZ, Bauer und Burda.

Kübler, Friedrich: Medienkonzentrationskontrolle im Streit: Komplexe Randbedingungen und aktuelle Konflikte. – S. 379 – 385

(1999) Nr 8

Gerhards, Maria; Grajczyk, Andreas; Klingler, Walter: Programmangebote und Spartenutzung im Fernsehen 1998: Eine Analyse auf der Basis der GfK-Sendungs-codierung. – S. 390 – 400

ARD/ZDF-Online-Studie 1999: Wird Online Alltagsmedium?: Nutzung von Onlinemedien in Deutschland. – S. 401 – 414

„Die von der ARD/ZDF-Medienkommission in Auftrag gegebene ARD/ZDF- Online-Studie 1998 ermittelt in einer repräsentativen Erhebung die bundesdeutsche Onlinenutzung [...] Neben den Basisdaten werden zudem Interdependenzen zwischen klassischen und neuen Medien herausgestellt.“

Nichtnutzer von Online: Ergebnisse der ARD/ZDF-Offline-Studie 1999. – S. 415 – 422

„Trotz starker Zunahme der Netzzugänge in den letzten Jahren nutzt mit 82 Prozent die weit überwiegende Mehrheit der Bevölkerung ab 14 Jahren Onlinemedien bisher nicht. Die Studie fragt unter anderem nach Einstellungen und Zugangsbarrieren dieser großen

Gruppe von Offlinern zum Internet sowie nach dem Potential Anschlußinteressierter ... Die Offline-Studie zeigt nach Einschätzung der Autoren, daß das Internet vorerst nur für bestimmte Milieus und Bevölkerungsgruppen zum Alltagsmedium werden wird ...“

Internet – (k)eine Männerdomäne: Geschlechtsspezifische Unterschiede bei der Online-Nutzung und -bewertung. – S. 423 – 429

„Der Beitrag analysiert Daten der ARD/ZDF-Online- und Offline-Studie unter dem Gesichtspunkt geschlechtsspezifischer Unterschiede bei Nutzung und Bewertung des neuen Mediums Internet.“

(1999) Nr 9

Hofsümmer, Karl-Heinz; Horn, Imme: Werbung in Deutschland – akzeptiert und anerkannt: Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage. – S. 442 – 446

Der Beitrag stellt die Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage vor, die im Auftrag von ARD und ZDF vom Frankfurter Institut Media Markt Analysen durchgeführt wurde. Deren Ergebnisse zeigten „einen wesentlich differenzierteren und souveräneren Umgang der Bevölkerung mit der Werbung, als häufig von Werbekritikern und Medienpolitikern angenommen wird. So ist Werbung heute längst zum normalen Bestandteil des modernen Lebens ... geworden. Diese positive Einstellung wird auch von Gruppen geteilt, denen gerne eine werbefindliche Haltung nachgesagt wird: Politikinteressierte, höher Gebildete und Anhänger des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ...“ Zugleich sprächen sich die Zuschauer „... klar und eindeutig für die Beibehaltung der Mischfinanzierung aus: Die überwältigende Mehrheit von 86 Prozent ist nicht bereit, für einen werbefreien öffentlich-rechtlichen Rundfunk höhere Gebühren zu zahlen.“

Pätzold, Ulrich; Röper, Horst: Fernsehproduktionsvolumen in Deutschland 1998: FORMATT-STUDIE über Konzentration und regionale Schwerpunkte der Auftragsproduktionsbranche. – S. 447 – 468

„Die Nachfrage nach einheimischen Fernsehproduktionen hat sich in Deutschland in den letzten Jahren stark erhöht. Die Konturen der Auftragsproduktionsbranche bleiben indes wegen des rasanten und grundlegenden Wandels eher im Dunkeln. Eine Studie des FORMATT-Institutes ermittelte das Auftragsvolumen der Fernsehproduktion in Deutschland nach Genres und nach Regionen für das Jahr 1998, gleichzeitig wurden horizontale und vertikale Konzentrations-tendenzen herausgearbeitet.“

Hallenberger, Gerhard: Eurofiction 1998: Tendenz zu einheimischen Produktionen: Angebotsstruktur und Nutzung erstausgestrahlter einheimischer Fernsehproduktionen in Deutschland. – S. 469 – 479

„Deutschland liegt im europäischen Vergleich bei fiktionalen Fernsehproduktionen mit Abstand an der Spitze: Den Ergebnissen der ... Studie Eurofiction zufolge wurden 1998 im deutschen Fernsehen 1945

Stunden Erstaussstrahlungen von insgesamt 373 einheimischen fiktionalen Fernsehproduktionen gezeigt ...“ Der Beitrag stellt die Ergebnisse der Studie vor, die u. a. die Fiction-Produktion ländervergleichend darstellt und die Fernsehproduktionen in Deutschland hinsichtlich der Eigenproduktionen der einzelnen Sender differenziert und untersucht.

Neckermann, Gerhard: Kinobranche im Auf- und Umbruch: Filmbesuch und Kinostruktur in Deutschland 1991 – 1998. – S. 480 – 487

Der Beitrag stellt die Entwicklung der Kinobranche in Deutschland seit 1991 dar, indem sowohl Ergebnisse der Besucherforschung aufgenommen als auch Aspekte des Filmmarktes und Untersuchungen über den Kinotheater-Wettbewerb berücksichtigt werden.

Friccius, Enno: Fernsehen und Filmförderung in Deutschland: Beteiligung der Fernsehsender an den Filmförderungsinstitutionen von Bund und Ländern. – S. 488 – 491

Der Artikel dokumentiert die Beteiligungen öffentlich-rechtlicher und privater Fernsehsender an der Filmförderung und enthält Überlegungen zu den Abhängigkeitsbeziehungen zwischen Sendern und Filmförderung: „Ein wesentliches Interesse der Sender bei der Filmförderung liegt ... im Erwerb von Verwertungsrechten, sei es direkt von Fernsehproduktionen oder indirekt von Kinofilmen. Eine Beschränkung dieser ‚Kompensationsmöglichkeiten‘ für die aufgetragenen Sendermittel, wie sie derzeit in der Branche diskutiert wird, könnte daher kontraproduktiv wirken und einen Teilrückzug der Sender aus dem bestehenden Filmförderungssystem nach sich ziehen.“

Bisselik, Sonja: Französische Filmpolitik: Erfolg durch Förderung?: Maßnahmen zur Förderung von Filmproduktion, -vertrieb und -abspiel in Frankreich. – S. 492 – 499

„Der französischen Filmwirtschaft kommt im europäischen Vergleich eine Führungsrolle zu: Mit durchschnittlich 140 pro Jahr produzierten Kinofilmen und einem Marktanteil einheimischer Filme von etwa 40 Prozent kann sie sich zumindest auf heimischem Terrain relativ erfolgreich gegenüber der amerikanischen Dominanz behaupten. Neben dem bekannten kulturellen Bewusstsein Frankreichs dürfte diese Sonderstellung in erster Linie der französischen Filmförderung zu verdanken sein, die starke Anreize für einheimische Filmproduktionen setzt.“ Die Autorin stellt die französische Filmförderung auf der Folie finanzwirtschaftlicher Aspekte vor.

Media Psychology

Jg 1 (1999) Nr 3

Houston, David A.; Doan, Kelly: Can You Back That Up?: Evidence (or Lack Thereof) for the Effects of Negative and Positive Political Communication. – S. 191 – 206

Zillmann, Dolf; Gibson, Ronda; Sargent, Stephanie L.: Effects of Photographs in News-Magazine Reports on Issue Perception. – S. 207 – 228

Pettijohn, Terry F.; Tesser, Abraham: Popularity in Environmental

Context: Facial Feature Assessment of American Movie Actresses. – S. 229 – 247

McKenna, Katelyn Y. A.; Bargh, John A.: Causes and Consequences of Social Interaction on the Internet: A Conceptual Framework. – S. 249 – 269

Goldstein, Jeffrey: The Attractions of Violent Entertainment. – S. 271 – 282

Media, Culture & Society

Jg 21 (1999) Nr 4

Beale, Alison C. M.: From „Sophie’s choice“ to consumer choice: framing gender in cultural policy. – S. 435 – 458

Pandian, Hannah: Engendering communication policy: key issues in the international women-and-media arena and obstacles to forging and enforcing policy. – S. 459 – 480

Reading, Anna: Scarlet lips in Belsen: culture, gender and ethnicity in the policies of the holocaust. – S. 481 – 501

Sterne, Jonathan: Television under construction: American television and the problem of distribution, 1926–62. – S. 503 – 530

Hong, Junhao; Sun, Jungkuang: Taiwan’s film importation from China: a political analysis of changes and implications. – S. 531 – 547

Fairchild, Charles: Deterritorializing radio: deregulation and the continuing triumph of the corporatist perspective in the USA. – S. 549 – 561

Jg 21 (1999) Nr 5

Chomsky, Daniel: The mechanisms of management control at the „New York Times“. – S. 579 – 600

Battani, Marshall: Organizational fields, cultural fields and art worlds: the early effort to make photographs and make photographers in the 19th century USA. – S. 601 – 626

Galperin, Hernan: Cultural industries policy in regional trade agreements: the cases of NAFTA, the European Union and MERCOSUR. – S. 627 – 648

Barnett, Clive: The limits of media democratization in South Africa: politics, privatization and regulation. – S. 649 – 672

Roscoe, Timothy: The construction of the world wide web audience. – S. 673 – 684

Der Autor beschäftigt sich mit zwei beobachteten Entwicklungen: Einerseits die Veränderung der öffentlichen Wahrnehmung des Internet von einem Medium individueller Kommunikation zu einem Massenmedium ähnlich dem Fernsehen, andererseits die Veränderung der technischen Basis des Internets. Er diskutiert die Beziehung dieser Entwicklung und fragt nach theoretisch fassbaren Hintergründen.

Medien + Erziehung

Jg 43 (1999) Nr 4

Schiefele, Hans: Konkurrenz für Lehrer?: Vom Programmierten Unterricht zum Computerlehrprogramm. – S. 203 – 209

Der Autor beschäftigt sich mit der Entwicklung von Lerntheorien und deren Bedeutung für aktuelle computergestützte Lehr-Lernprogramme, die seines Erachtens durchaus in Konkurrenz zu Lehrern treten (können): „Theoretisch begründete, multimedial konstruierte Lernprogramme sind in manchen Bereichen auch guten Lehrern überlegen. Diese werden dadurch entlastet und für Aufgaben freigestellt, die nur von Personen wahrgenommen werden können. Schlechte Lehrer werden überflüssig, nicht nur in der Schule und wahrscheinlich dort nicht einmal in erster Linie. Das sind keine schlechten Aussichten.“ (S. 209)

Reinmann-Rothmeier, Gabi; Mandl, Heinz: Lernen mit dem Internet: Nur ein neuer Slogan?: Chancen und Grenzen für das schulische Lernen. – S. 210 – 215

In der letzten Zeit werden immer wieder die Vorteile des Internets für das schulische Lernen gepriesen: Es erhöhe die Zugänglichkeit von Informationen, biete ein Höchstmaß an Flexibilität, verbessere die Prozesse und Ergebnisse des Lernens, steigere die Motivation u. v. m. Die Autoren setzen sich – entgegen der derzeit herrschenden Euphorie – kritisch mit den Möglichkeiten des Internets für das Lernen auseinander. Sie konstatieren, dass vielen der vermeintlichen Vorteile des neuen Mediums eine empirische Grundlage fehlt, zeigen aber anhand des konkreten Beispiels des „Knowledge Integration Environment“ (KIE), einem System zur Gestaltung von Lernumgebungen, wie sich die Möglichkeiten des Internets für die Schule nutzen lassen. Als notwendig erachten die Autoren die Kooperation zwischen Wissenschaft und Praxis, um die Potenziale des Internets sinnvoll ausschöpfen zu können.

Schorb, Bernd: Virtuelles Lernen lernen: Schlüsse aus der Beobachtung virtueller Seminare. – S. 216 – 220

Virtuelle Seminare versprechen individuelles und flexibles Lernen, das von Ort, Zeit und Personen losgelöst ist. Anhand von Beobachtungen virtueller Seminare über den Zeitraum von drei Semestern stellt der Autor fest, dass Studienangebote via Internet aufgrund des hohen Betreuungsaufwandes, zahlreicher technischer Schwächen, organisatorischen und didaktischen Defiziten sowie dem Fehlen persönlicher Kontakte keinesfalls eine Alternative, sondern allenfalls eine Ergänzung zu den konventionellen Seminaren darstellen können.

Apel, Heino: Teleteaching und Teletutoring: Erfahrungen mit Online-Seminaren. – S. 221 – 225

Der Autor beschreibt anhand von vier durchgeführten Online-Seminaren an den Universitäten von Marburg und Gießen das Potenzial von Telelearning für selbst gesteuerte Lernprozesse. Seine Erfahrungen zeigen, dass das Gelingen eines Online-Seminars entscheidend von den technischen Zugangsmöglichkeiten, der Präsentation des Vorhabens in einer „Präsenzphase“, der Moderatorenkompetenz und den Voraussetzungen der Teilnehmer bezüglich selbst gesteuerten Lernens beeinflusst wird.

Hooffacker, Gabriele: Visualisierung ist nicht alles: Bausteine für eine teamorientierte Online-Didaktik. – S. 226 – 229

„Macht der Einsatz von Online-Angeboten andere, neue Lernformen erforderlich?“ Mit u. a. dieser Frage beschäftigt sich die Autorin und zeigt, dass Visualisierungen in Online-Angeboten für den Umgang mit dem neuen Medium nicht hinreichend, sondern dass neue Lehr- und Lernformen unbedingt notwendig sind. Diesbezüglich präsentiert sie in ihrem Beitrag zehn Bausteine für eine spezielle Online-Didaktik.

Dichanz, Horst: Bildungsangebote in den neuen Medienverbünden und Netzwerkstrukturen: Die Rolle von Rundfunk und Fernsehen. – S. 230 – 236

Fuchs, Wolfgang J.: Event im Weltraum: Star Wars: Episode I – die dunkle Bedrohung. – S. 237 – 240

Jg 43 (1999) Nr 5

Olkers, Jürgen: Eine Passage des Bildungsprozesses: ästhetisches Lernen als Selbstformung. – S. 271 – 278

Kinderzeichnungen bieten einen Einblick, wie Kinder ihre Umwelt wahrnehmen und wie sie Erlebnisse verarbeiten. Ästhetisches Lernen stellt einen Prozess der Selbstformung dar, der unabhängig ist von normativen Zielen und Maßstäben. Die angeführten Kinderzeichnungen laden ein, Vorstellungen vom „generalisierten Kind“ zu revidieren und sich auf die Sichtweise von Kindern einzulassen.

Krapp, Helmut: Solange die Erzählung andauert, kann kein Unglück passieren. – S. 279 – 283

„Entgegen der Meinung, die medialen Innovationen machten das Erzählen obsolet, spricht vieles dafür, dass es auch in Zukunft eine gesellschafts- und gemeinschaftsbildende Funktion hat.“ (S. 279)

Jung, Fernand: Hautnah dabei sein!: was wollen Doku-Soaps erzählen?. – S. 284 – 287

Der Autor beschreibt unmissverständlich seine Position gegenüber diesem noch jungen Genre, das als eine Kombination aus Daily-Soap und Dokumentationsbeitrag charakterisiert werden kann: „Es sind die Quotenfänger im hart umkämpften Unterhaltungsbereich zur Prime-Time, die mit der voyeuristischen Lust des Zuschauers am Schicksal anderer spielen und

somit eine Fortsetzung der Sensations- und Katastrophenberichte in den anderen Programmsparten darstellen, in die sie sich mühelos integrieren lassen.“ (S. 286) Der Erfolg dieses Genres beim Publikum habe seiner Ansicht nach für seriöse Dokumentarfilme zur Folge, dass diese noch weiter ins Abseits gedrängt und wahrscheinlich keinen Platz in den geplanten so genannten „Dokumentar-Kanälen“ finden werden.

Hug, Heinz: Mündliches Erzählen bewahren: Formen der oralen Tradition in der modernen afrikanischen Literatur. – S. 288 – 291

Palme, Hans-Jürgen: Geschichten der interaktiven Art: Erzählweisen von Computerspielen. – S. 292 – 294

Computerspiele bieten die Möglichkeit einer neuen, interaktiven Erzählform. Die Geschichten folgen nicht mehr einer festgelegten Dramaturgie, sondern entstehen erst durch das Spielen selbst. Der Computernutzer entscheidet über den Verlauf der Geschichte und wird somit zum Entdecker einer virtuellen Welt. Anhand konkreter Beispiele veranschaulicht der Autor das Erfolgsrezept dieser Spiele: „Nicht die Erzähl-dramaturgie ist entscheidend, sondern die Rahmenkonstellation, die Neugierde schafft und die abrufbare Details bereithält, deren mehr oder weniger liebevolle Aufbereitung über den Erfolg entscheidet.“ (S. 294)

Eibl, Thomas: Informationsaustausch statt Erzählen: die Interaktivität und ihre Kommunikationsformen. – S. 295 – 298

Der Beitrag befasst sich mit der Veränderungen von Informationen und der traditionellen Erzählformen durch das Internet. Da das Medium auf Informationsaustausch basiert, ist jeder sowohl Rezipient als auch aktiver Nutzer und Produzent von Informationen, wodurch das traditionelle Machtverhältnis von Erzähler und Zuhörer aufgehoben wird.

Medien Praktisch Jg 23 (1999) Nr 3

Klingler, Walter: Die Wissenskluft-Hypothese: Anmerkungen zum aktuellen Umgang und zur Nutzung von Informationsangeboten in den Massenmedien. – S. 4 – 7

Der Artikel beschäftigt sich vor dem Hintergrund der Wissenskluft-Hypothese mit der Nutzung medialer Informationsangebote und gibt einen Ausblick auf die Zukunft. Neben allgemeinen Forschungsergebnissen zur Wissenskluft-Hypothese werden die Nutzung von Fernsehen und Online-Medien sowie das Informationsverhalten von Jugendlichen betrachtet. Die Darstellungen zeigen, dass schichtspezifische Unterschiede und Informationsungleichheiten bestehen und auch in Zukunft existieren werden bzw. eine zunehmende Spaltung der Gesellschaft in Informationsarme und -reiche zu erwarten ist (vgl. Klingler u.a. 1998). „Wissenskluft“ als gesellschaftliche Problemstellung bleibt damit mit Sicherheit ein Problem gesellschaftlicher Entwicklung – und eine der großen Herausforderungen für die Gestaltung zukünftiger Chancengleichheit in der Gesellschaft“ (S. 7).

Opaschowski, Horst W.: User & Loser: Die gespaltene Informationsgesellschaft. – S. 8 – 9

Nach Ansicht des Autors steht der Informationsgesellschaft eine neue Spaltung bevor und damit verbunden eine neue Zweiklassengesellschaft von Medien-Analphabeten und Angehörigen einer Wissenselite. Für den Autor scheint der Ausweg aus diesem Dilemma simpel: „Die Entwicklung neuer technischer Systeme fördern, deren Handhabung so einfach ist, dass sie jeder nutzen kann. Und: mehr in neue Lernprogramme investieren, die den kompetenten Mediennutzer zum Ziel haben“ (S. 8).

Kübler, Hans-Dieter: Wie zerklüftet ist Wissen?: Aporien und Desiderate der Wissens-(kluft)debatte. – S. 10 – 17

Der Beitrag beschäftigt sich mit der Frage, was gesellschaftlich als Wissen bezeichnet wird, wie es zustande kommt, welchen Anteil Bildung, Schule und die Medien daran haben. Der Autor kritisiert, dass den meisten Untersuchungen zur Wissensgesellschaft bzw. zur Wissensklufforschung entweder kein theoretisch begründeter oder lediglich ein unklarer und defizitärer Wissensbegriff zugrunde liegt.

Winterhoff-Spurk, Peter: Auf dem Weg in die mediale Klassengesellschaft: Psychologische Beiträge zur Wissensklufforschung. – S. 17 – 22

Der Autor nimmt vor dem Hintergrund bisheriger Forschungsergebnisse zur Wissenskluft-Debatte und zu den Wirkungen des Bildungsfernsehen (am Beispiel der „Sesamstraße“) eine vergleichsweise entdramatisierende Position zu dem Thema ein: „Nach allem können wir also feststellen, dass unterschiedliches Wissen in den verschiedenen Schichten unserer Gesellschaft unterschiedlich verteilt ist und dass unterschiedliche Nutzungsstrategien der Massenmedien in den sozialen Klassen diese Unterschiede im allgemeinen eher verstärken als verringern. Ferner lässt sich konstatieren, dass zwar mit Hilfe von eigens produzierten Bildungssendungen durchaus Wissenszuwächse bei Zuschauern im Kindes- und Jugendalter erzielbar sind. Allerdings tragen Sendungen dieser Art im Allgemeinen nur wenig zum Abbau von Wissensunterschieden in der Gesamtbevölkerung bei, da die Mittel- und Oberschicht von diesen Sendungen vergleichsweise stärker profitiert als die Unterschicht. Allerdings findet sich auch, dass gründlich konzipierte und systematisch evaluierte Curricula zur Technik-, selbst- und sozialbezogenen Mediennutzung deutlich zur Entwicklung von Medienkompetenz – und damit zum Abbau von Wissensunterschieden – beitragen können. Wir bilanzieren also: Die Wissenskluft oder -differenz existiert zwar, sie ist aber kein unabwendbares Schicksal der sozial- und bildungsmäßig unterprivilegierten Schichten.“ (S. 21)

Hipfl, Brigitte: Medienpädagogik der Anderen: Ein Plädoyer für Cyborgs. S. 23 – 28

Unter den Bedingungen einer postmodernen Gesellschaft wird die Identitätsentwicklung zu einem Balanceakt zwischen Chancen und Gefahren. Die Autorin beschäftigt sich mit der Frage: Wie muss unter diesen Bedingungen eine Pädagogik beschaffen sein, die Heranwachsende mit Kompetenzen ausstattet? Sie stellt psychanalytische Konzepte zur Bedeutung des

Anderen für die Identitätsentwicklung dar und illustriert „den respektvollen Umgang mit Differenz“ (S. 23) anhand des Sciencefictionfilms „Enemy Mine – Geliebter Feind“. Abschließend zeigt sie mögliche Ansatzpunkte für einen Umgang mit „dem Anderen“ im schulischen Kontext auf, z. B. dass Medien zur Auseinandersetzung mit der eigenen Identität, aber auch als Ausdrucksmittel genutzt werden.

Temborius, Stephanie: Lesen im Cyberspace: Bildungs- und schichtspezifische Einflüsse auf die Mediennutzung. – S. 28 – 30

Der Artikel dreht sich nicht – wie aufgrund des Titels zu erwarten wäre – um die Rezeption netzbasierter Texte. Vielmehr handelt es sich vor dem Hintergrund sich vergrößernder Wissensklüfte um ein Plädoyer für eine allgemeine Leseförderung, um auch benachteiligten Kindern und Jugendlichen eine kompetente Nutzung elektronischer Medien zu ermöglichen. Dieser kann Ansicht der Autorin nach jedoch nur fruchtbar sein, wenn Kinderliteratur stärker als bisher die Veränderungen von Kindheit und damit verbunden auch die Bedeutung alter und neuer Medien im Alltag von Kindern berücksichtigt und reflektiert: „Für die Leseförderung bieten sich gerade jene Bücher an, die Spannung und Unterhaltung mit Möglichkeiten zur Reflexion über Computerspiele, Chancen und Gefahren von Cyberspace und die eigene Nutzung verbinden, ohne zu moralisieren oder von vornherein zu verurteilen.“ (S. 30)

Eble, Karin: Radioarbeit: mit Kindern und Jugendlichen mit geringen Bildungsvoraussetzungen. – S. 31 – 33

Die Autorin beschreibt den Ansatz lebensweltorientierter Radioarbeit und die damit verbundenen Chancen für Kinder aus sozial benachteiligten Verhältnissen anhand konkreter Projekte, die vom Jugendhilfswerk in Freiburg durchgeführt wurden. „Medien dienen so als Mittel der Identitätsfindung und Selbstauseinandersetzung. Kinder und Jugendliche lernen, das Medium Hörfunk bewußt zu nutzen, und erwerben Fähigkeiten, es aktiv und kompetent zu handhaben, und bringen auf diesem Wege ihre Belange an die Öffentlichkeit. [...] Wie die bisherigen Erfahrungen zeigen, wird dabei in einem Lernprozeß am Medium die Funktionsweise einzelner Medien und des Mediensystems als Ganzem gelernt“ (S. 32).

Mikos, Lothar: Erlebnisse im intertextuellen Universum der Populärkultur: Strukturfunktionale Film- und Fernsehanalyse. – S. 44 – 48

Techentin-Bauer, Imme: Mann, Macht, Mythos: Die Darstellung von US-Präsidenten in amerikanischen Kinofilmen der 90er Jahre. – S. 49 – 54

Gehrke, Barbara: Musen und Cybernauten: Auf dem Weg zum interdisziplinären Museum von morgen. – S. 55 – 58

Schroll-Decker, Irmgard; Peicher, Inga: Zur Qualität von Hörspielkassetten für Kinder. – S. 58 – 62

Medienpsychologie

Jg 11 (1999) Nr 3

Burst, Michael: Zuschauerpersönlichkeit als Voraussetzung für Fernsehmode und Programmpräferenzen. – S. 157–181

Bommert, Hanko: Sensation seeking: ein medienpsychologischer Grundpfeiler?: Kommentar zu Michael Burst. – S. 182 – 185

Berth, Hendrik; Romppel, Matthias: Darstellung und Erleben der Wende in Massenmedien: inhaltsanalytische Untersuchungen am Wenдекорpus – zehn Jahre danach. – S. 185 – 199

Trepte, Sabine: Forschungsstand der Medienpsychologie. – S. 200 – 218

Message

Jg 1 (1999) Nr 1

Kunczik, Michael: Wie man Feindbilder aufbaut. – S. 12 – 18

Varchaver, Nicholas: CNN takes over the world. – S. 52 – 59

Geffken, Michael: Pizza per Fernbedienung. – S. 68 – 71

Jg 1 (1999) Nr 2

Leyendecker, Hans: Auf Kuscheltour mit der Macht. – S. 10 – 12

Esser, Frank: Gehemmter Investigativgeist. – S. 26 – 31

Reinemann, Carsten: Nicht mal Zeit zum Niesen. – S. 66 – 71

Multimedia und Recht

Jg 2 (1999) Nr 7

Wieland, Joachim; Enderle, Bettina: Rechtsprobleme der Netzzusammenschaltung: Zum Spannungsverhältnis zwischen Gemeinschaftsrecht und Verfassungsrecht. – S. 379 – 384

Mit der nunmehr von der Reg TP veröffentlichten Anhörung und Stellungnahme über die regulatorische Behandlung von Verbindungsnetzen und öffentlichen TK-Netzen im Hinblick auf die Netzzusammenschaltungsvorschriften des TKG ist die Diskussion über Netzzusammenschaltung zu einem vorläufigen Abschluss gekommen. Nahezu gänzlich unbeachtet blieb in ihr die vorgelagerte Frage, ob die europarechtlichen Vorgaben für das deutsche TKG überhaupt eine Differenzierung nach Betreibern öffentlicher TK-Netze und den übrigen Diensteanbietern nicht nur hinsichtlich des Anspruchs auf Netzzusammenschaltung, sondern auch für das Anordnungsverfahren vor der Reg TP zulassen. Der Beitrag untersucht diese Frage am Beispiel der ersten durch die Reg TP getroffenen

Zusammenschaltungsanordnung und stellt ihre Konsequenzen sowie deren Vereinbarkeit mit dem deutschen Verfassungsrecht dar.

Weber, Martin: Internet-Emissionen. – S. 385 – 390

Virtuelle Börsengänge erobern seit Mitte der neunziger Jahre weltweit immer größere Teile des Emissionsgeschäfts. Stehen zurzeit noch kleinere Wachstumsfirmen im Vordergrund, die sich auf diesem Wege, als Alternative zu Venture Capital Firmen, eigenfinanzieren, könnten es in Zukunft, aufgrund der erheblichen Kostenvorteile, auch immer mehr größere Unternehmen sein, die zu virtuellen Geldsammlungen aufbrechen. Mittlerweile jedenfalls haben diese Entwicklung auch in Deutschland die großen Kreditinstitute aufmerksam registriert und beginnen, nach dem Vorbild großer US-Investmenthäuser zu agieren. Der Beitrag zeigt die Hintergründe dieser Entwicklung auf, stellt beispielhaft die Abwicklung der Transaktion aus Sicht eines „Net-Investors“ dar und beleuchtet zentrale kollisions- und kapitalmarktrechtliche Aspekte des virtuellen Emissions-Geschäfts.

Dressel, Christian: Strafbarkeit von Piraterie-Angriffen gegen Zugangsberechtigungssysteme von Pay-TV-Anbietern. – S. 390 – 395

Piraterie-Angriffe auf verschlüsselte Dienste, insbesondere Pay-TV-Angebote, verursachen – so der Autor – weltweit mittlerweile Schäden in erheblichem Ausmaß. Darauf hat die EU neben anderen Initiativen mit der sog. Conditional Access-Richtlinie reagiert, um den Schutz der Anbieter zu verbessern. Allerdings fehlt der EU die Zuständigkeit auf dem Gebiet des Strafrechts. Daher stellt sich die Frage, inwieweit das deutsche Strafrecht Möglichkeiten zur Ahndung derartiger Piraterie-Akte bietet. Der Verfasser geht dieser Frage nach und kommt zu dem Ergebnis, dass das materielle Strafrecht zwar Instrumente zur Bekämpfung dieser Delikte zur Verfügung stellt, jedoch im Sinne der verfassungsrechtlich gebotenen Rechtsnormenklarheit und -bestimmtheit ein Tätigwerden des nationalen Gesetzgebers geboten ist.

Kamlah, Wulf: Das SCHUFA-Verfahren und seine datenschutzrechtliche Zulässigkeit. – S. 395 – 404

Der Beitrag nimmt Bezug auf einen in MMR 1998 (S. 650 ff.) erschienenen Beitrag von Kloepfer/Kutzbach, in dem diese sich mit der Funktion und Bedeutung der SCHUFA sowie der datenschutzrechtlichen Bewertung des SCHUFA-Verfahrens auseinander setzen. Kamlah zufolge gehen die Verfasser jedoch von fehlerhaften Annahmen aus, die ihrerseits wiederum auf teilweise veralteten Informationen beruhen. Die aufgrund der Annahmen vom SCHUFA-Verfahren gezogenen Schlussfolgerungen seien geeignet, nicht nur von der SCHUFA einen falschen Eindruck zu erwecken. Mittelbar betroffen seien auch die das SCHUFA-Verfahren tragende kreditgebende deutsche Wirtschaft sowie die für den Datenschutz zuständigen Aufsichtsbehörden, welche mit der SCHUFA in einem ständigen Dialog stehen, um die datenschutzrechtliche Zulässigkeit des SCHUFA-Verfahrens sicherzustellen.

Ladeur, Karl-Heinz: Terrestrische Übertragungsformen für digitalen Fernseh- und Hörfunk (DVB-T und DAB-T). – S. 404 – 409

Die Einführung terrestrischer Übertragungsformen für digitalen Hörfunk stellt die Regulierung vor erhebliche Probleme. In einem ersten Beitrag (MMR 1999, 266 ff.) hat der Autor die Rechtsfragen der Projektgestaltung erörtert. In diesem zweiten Beitrag werden die Probleme der Konvergenz von Rundfunk und Telekommunikation am Beispiel der neuen Dienstleistung des Bitratenmanagements dargestellt, die aufgrund der neuen Form der Zuweisung von „Frequenzblöcken“ erforderlich wird. Diese können für eine Vielzahl von Übertragungen genutzt werden und treten an die Stelle der Zuordnung fester Frequenzen für festgelegte Zwecke. Im Gegensatz zum englischen Recht ist diese Funktion in Deutschland nicht besonders geregelt worden. Angesichts der mit der Konvergenz einhergehenden Interessenkonflikte ist dies umso problematischer, als das deutsche Recht (außerhalb des raumbezogenen Planungsrechts) nicht über administrative Traditionen in der Regulierung komplexer Technologien verfügt. Dies soll ein Vergleich mit dem angloamerikanischen Recht belegen.

Jg 2 (1999) Nr 8

Telecommunication Laws in Europe – Towards a Fully Liberalised Environment. – S. 1 – 40

Diese MMR-BEILAGE enthält acht Artikel zum Telekommunikationsrecht in Europa; sieben von ihnen beobachten die Entwicklung des Telekommunikationsrechts in Großbritannien, Belgien, Frankreich, Italien, den Niederlanden, Schweden und Spanien.

Paulus, Christoph G.: Multimedia: Herausforderung an das Wirtschaftsrecht. – S. 443 – 447

In dem Beitrag werden die Auswirkungen der zunehmenden Verbreitung der Computertechnologie und des Internets auf verschiedene Rechtsbereiche wie Vertrags-, Arbeits- und Urheberrecht angesprochen. Außerdem wird die Vergabe von Domain Names und die Herausforderungen des E-Commerce beleuchtet.

Metz, Frank: Rechtsberatungs-Hotlines. – S. 447 – 452

In dem Beitrag wird die Zulässigkeit von Rechtsberatungs-Hotlines unter dem Gesichtspunkt des anwaltlichen Berufsrecht (Rechtsberatungsgesetz, Gebührenrecht) untersucht. Der Autor hält die gegenwärtige Praxis auf diesem Gebiet für rechtswidrig.

Kleinwächter, Wolfgang: ICANN als United Nations der Informationsgesellschaft?: Der lange Weg zur Selbstregulierung des Internet. – S. 452 – 459

„Im Oktober 1998 wurde die ‚Internet Corporation for the Assigned Numbers and Names‘ (ICANN) unter kalifornischem Recht gegründet. Die ICANN repräsentiert die globale Internet-Gemeinschaft und hat vorrangig die Aufgabe, die technischen Protokolle des Internet zu koordinieren und die Verwaltung der Internet-Adressen und -Namen zu überwachen. Der Artikel beschreibt das Internet Domain Name System sowie die verschiedenen Anstrengungen, eine interna-

tionale Regelung dafür zu finden. Nachdem ein anfänglicher Versuch unter der Ägide der ITU gescheitert war, entwickelte sich die ICANN auf der Basis des von US-Präsident Clinton veröffentlichten Strategiepapiers zum globalen elektronischen Geschäftsverkehr. Unklar ist noch die zukünftige Rolle der ICANN im internationalen System: Während die einen der ICANN eine ausschließlich technische Rolle zuordnen, sehen andere in der ICANN eine Art „United Nations“ des Informationszeitalters.“

Knieps, Günter: „Review 1999“ der EU-Kommission: IC-Regulierungsreform aus netzökonomischer Sicht. – S. 460 – 464

„Im Rahmen des ‚Review 1999‘ gilt es, die Interconnection-Regulierung (IC-Regulierung) der nächsten Jahre auf den tatsächlichen Restregulierungsbedarf zurückzuführen. Die Access Notice stellt mit der Essential-Facilities Doktrin ein geeignetes wettbewerbspolitisches Konzept bereit, das mit Hilfe des disaggregierten Regulierungsansatzes für die praktische Umsetzung präzisiert und konkretisiert werden kann. Die IC-Regulierung muss auf solche Zusammenschaltungsprobleme beschränkt werden, bei denen zumindest auf einer Seite netzspezifische Marktmacht (monopolistischer Bottleneck) vorhanden ist. Beim derzeitigen Stand der Technik gilt dies lediglich noch für die Teilnehmeranschlussnetze (Local Loops). Aber auch in diesem Bereich muss Überregulierung (Entbündelungsgebot, Verpflichtung zur Bereitstellung von Bitstream-Access) vermieden werden.“

Noll, Alfons E.: The International Telecommunication Union (ITU): Its Conception, Evolution and Innate, Constant Reform Process. – S. 465 – 469

„Die Internationale Fernmeldeunion (ITU), die mit ihrer Gründung im Jahre 1865 die älteste der heutigen Sonderorganisationen der Vereinten Nationen (UN) ist, ist auch nach fast 135 Jahren weiterhin aktuell in ihrer Themenstellung. Es soll verdeutlicht werden, wie eine, am Anfang gewiss kleine und auf Europa beschränkte, internationale Organisation sich über ein Jahrhundert und einige Jahrzehnte hinweg behauptet und weiterentwickelt hat und – auf Grund und gerade dank der ständig neuen und sich jagenden und unablässig überstürzenden, technologischen Herausforderungen, mit denen sie sich konfrontiert sah und die es für sie und durch sie allein zu meistern galt, – zu einer universalen, heute 188 Mitgliedstaaten umfassenden Weltorganisation geworden ist. Ferner soll aufgezeigt werden, dass es der technische und damit ständig weiterstrebende Charakter der ITU ist, der ihr immer wieder Anstoß, Auftrieb, Motivation und Elan gegeben hat, vital zu bleiben und den Anforderungen der immer schnelllebigeren und heute bereits stark weltraumorientierten Zeit und Gegebenheiten nicht nur gerecht zu werden, sondern sie sogar zu erfüllen und im Rahmen des technisch-rechtlich-politisch Möglichen zu befriedigen.“ Der Artikel enthält u. a. eine Übersicht der Struktur der ITU.

Jg 2 (1999) Nr 9

Müller, Ulf; Schuster, Fabian: 18 Monate Regulierungsbehörde: eine kritische Bestandsaufnahme. – S. 507 – 515

„Der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post (Reg TP) kommt auf dem Spielfeld der Liberalisierung des TK-Marktes die Rolle des Schiedsrichters zu. Sie muss zwischen [...] der Deutschen Telekom AG (DTAG) und [...] den Wettbewerbern [...] vermitteln und entscheiden.“ In dem Beitrag wird die Auffassung vertreten, dass „es zahlreiche Entscheidungen der Reg TP gibt, die mit dem TKG nicht in Einklang zu bringen sind.“ Nach der Darstellung der Geschichte, des Aufbaus und der Aufgaben der Behörde werden einige Entscheidungen der Einzelkritik unterzogen. Es wird u. a. auf die Missbrauchsaufsicht und die Entgeltregulierung eingegangen.

Tettenborn, Alexander: Die Evaluierung des IuKDG: Erfahrungen, Erkenntnisse und Schlussfolgerungen. – S. 516 – 521

„Die Bundesregierung hat im Juni 1999 auf Wunsch des Deutschen Bundestages den Bericht zur Evaluierung des Informations- und Kommunikationsdienste-Gesetzes (IuKDG) vorgelegt. Der Bericht behandelt die ganze Spannweite der Erfahrungen mit dem Gesetz. In diesem Artikel werden einige ausgewählte Themen erörtert, die im Zentrum der Diskussion standen bzw. für die Fortentwicklung des Medienordnungsrahmens in Deutschland von besonderer Bedeutung sind. Dies betrifft Abgrenzungsfragen zu den Schnittstellen Telekommunikation, Tele-/Mediendienste und Rundfunk sowie den Datenschutz und die Regelungen der digitalen Signaturen.“

Engels, Stefan; Schuster, Fabian: Haftung für „werbende Links“ in online-Angeboten. – S. 522 – 524

„Die rasante Entwicklung des World-Wide-Web (www) ist nicht zuletzt dadurch beschleunigt worden, dass die Zeitungs- und Zeitschriftenverlage Online-Ableger ihrer Printobjekte gegründet haben und weiter gründen. Standen dabei zunächst in erster Linie Innovation und Image im Vordergrund, so spielen nach und nach auch handfeste wirtschaftliche Interessen eine Rolle. So gehören die Online-Ableger der Printobjekte zu den meistbesuchten Seiten im www. Diese hohen Nutzerzahlen machen diese Online-Angebote auch und immer mehr für die Werbewirtschaft attraktiv, die durch die Schaltung von Online-Anzeigen für eine Finanzierung der Online-Ableger der Verlage sorgt. Damit stellt sich für die Verlage allerdings die wichtigste Frage, ob und inwieweit sie (oder besser: ihr Online-Angebot) für die Online-Anzeigen und deren Inhalt zur Verantwortung gezogen werden können. Denn neben den traditionellen Regeln der Haftung für Anzeigen im Pressebereich greifen nun spezielle Regelungen nach dem Teledienste-Gesetz des Bundes (TDG) oder dem Mediendienstestaatsvertrag der Länder (MDStV).“ In dem Beitrag wird der Frage nachgegangen, ob und wie diese beiden Haftungsansätze harmonisiert werden können.

Vassilaki, Irini E.: Kommunikationsrechtliche, computer- und internetspezifische Entscheidungen der Strafgerichte: Einfluss der Informations- und Telekommunikationstechnik auf die Strafrechtsfortbildung im Jahre 1998. – S. 525 – 532

Jg 2 (1999) Nr 10

Schneider, Gerhard: Die Wirksamkeit der Sperrung von Internet-Zugriffen. S. 571 – 577

„Über das Internet sind weltweit Millionen von Rechnern verbunden. Zahlreiche Rechner bieten dabei auch Server-Dienste an und gestatten insbesondere den Abruf von Informationen. Da es sich beim Internet um ein weltweites Kommunikationsnetz handelt, ist auch von deutschen Rechnern über Internet ein Zugriff auf [ausländische] Server möglich.“ Daraus ergibt sich die Frage, „inwieweit es technisch machbar und zumutbar ist, den Zugang zu strafrechtlich möglicherweise relevanten Informationen über das Internet zu unterbinden. Da die dabei vorgeschlagenen Eingriffe in die technische Funktionsfähigkeit des Internet auch von anderer Seite aufgegriffen werden könnten, ist es notwendig, sie unter Berücksichtigung der Internet-Technologie näher zu analysieren.“ Der Autor bezweifelt die Wirksamkeit von Filtermethoden.

Gravesen, Gavan G.; Dumortier, Jos; van Eecke, Patrick: Die europäische Signaturrechtlinie – Regulative Funktion und Bedeutung der Rechtswirkung. – S. 577 – 585

„Die Rahmenrichtlinie für elektronische Signaturen vom 22.4.1999 (RLeS) weist eine Gleichstellung mit der konventionellen Unterschrift für elektronische Authentifizierungsverfahren an. Hierbei vermittelt sie zwischen divergenten Rechtstraditionen und vertritt einen gemeinsamen Standpunkt mit der Kommission, die in einer generellen und gemeinschaftsweiten Rechtsgültigkeit ein unverzichtbares politisches Signal sieht. Der Beitrag beschreibt, welche Aussichten die Gleichstellung gegenüber einzelstaatlichen Bedenken faktisch hat, inwieweit diese Bedenken sich in der RLeS durchsetzen, und in welcher Form die deutschen Erfahrungen Bestandteil der politisch-regulativen Grundlage wurden. Untrennbar hiervon ist das strittige Verständnis rechtlich relevanter Kommunikation und die Klassifizierung elektronischer Authentifizierungsverfahren als Signatur. Dieser Beitrag untersucht diese Fragen im Hinblick auf den regulativen Ansatz zur Rechtswirkung, das technoffene Konzept, Einsatzmöglichkeiten der elektronischen Signaturen und der technischen Normung, in deren Rahmen alternative Lösungsmodelle zur Rechtsgültigkeit durch Gleichstellung angedeutet werden.“

Hahn, Bernhard: AGB in TK-Dienstleistungsverträgen: Fälligkeits-, DV-, Haftungs-, Kündigungs-, Sperr- und Einwendungsausschlussklauseln. – S. 586 – 592

„Als Realvertragstyp und Massenvertrag sind Verträge über Telekommunikations(TK)-Dienstleistungen ohne die Verwendung von Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) nicht denkbar. Die expandierende TK-Branche tritt mit ihren vielgestaltigen Verträgen teilweise juristisches Neuland, was erklärt, warum die gerichtliche Überprüfung von Formularverträgen im Wege von Inzidentkontrollen und im Rahmen von Verbandsklageverfahren erst am Anfang steht. Die Inhaltskontrolle der Verträge erfolgt im Schwerpunkt nach dem AGB-Gesetz, sie hat freilich die sich aus dem tk-rechtsspezifischen Regelungsumfeld ergebenden besonderen Wertungsgesichtspunkte mit zu berücksichtigen. Im Anschluss an den Beitrag in

MMR 1999, 251 ff. werden [...] Fälligkeits-, Lastschrift-, Vorfälligkeits-, Datenverarbeitungs-, Haftungs-, Kündigungs- und Sperrklauseln sowie Einwendungsausschlussklauseln AGB- und tk-rechtlich beleuchtet.“

Huber, Andrea; von Mayerhofen, Martina: „Review 1999“ der EU-Kommission: Beibehaltung des status quo oder echte Reform des europäischen Regelwerks für den TK-Sektor. – S. 593 – 596

„Der ‚Review 1999‘, die Überprüfung der Telekommunikations(TK)-Regulierung auf EU-Ebene und deren Anpassung an die bisherige und zukünftige technologische und wettbewerbliche Entwicklung, soll den europäischen TK-Markt für die kommende Dekade mitgestalten. Er stellt damit einen Meilenstein für die weitere Entwicklung eines wesentlichen Wachstumsmarktes dar. Der [...] Beitrag gibt einen Überblick über den Stand der Diskussion und stellt die grundsätzlichen Anforderungen dar, denen der ‚Review 1999‘ gerecht werden muss, wenn er zu einer echten Reform des europäischen Regelwerks führen soll.“

Noll, Alfons E.: „Telecom“-Developments: Selected Aspects Relating to the International Telecommunications Law. – S. 597 – 602

„Im Anschluss an ‚The International Telecommunication Union (ITU)‘, MMR 1999, 465 ff. behandelt der [...] Beitrag vornehmlich fernmeldetechnische Entwicklungen, die unter dem allgemeinen Begriff ‚telecom-developments‘ zusammengefasst wurden. Sie alle stehen in direktem oder indirektem Zusammenhang mit dem internationalen Fernmelderecht, gleichgültig ob sie im Rahmen der ITU oder unter ihren Auspizien entstanden sind oder nicht. Die diesbezügliche Auswahl erfolgte aus der subjektiven, eher juristischen Sicht des Autors und impliziert daher keineswegs ein Werturteil über andere ‚telecom“-Entwicklungen, über die hier nicht berichtet wird. Im letzten Kapitel dieses Beitrages wagt der Autor schließlich eine vorsichtige Prognose der Aussichten des Fernmeldewesens und seines Rechts sowie ihrer Bedeutung für die ‚juristische Zukunft‘ im 21. Jahrhundert. Die für das Internationale Fernmeldewesen wichtigen, jüngsten Ergebnisse der letzten ITU Regierungsvollmächtigten-Konferenz dieses Jahrhunderts, die im Oktober/November 1998 in Minneapolis/Minnesota (USA) stattfand, werden gesondert dargestellt.“

new media & society**Jg 1 (1999) Nr 2**

Mansell, Robin: New media competition and access. – S. 155 – 182

Der Autor setzt sich mit einem der Mythen im Zusammenhang mit den neuen Medien auseinander, nämlich mit der Annahme, dass das Internet mit zunehmender Verbreitung für alle gleichermaßen zugänglich und quasi von allein konsumentenfreundlich wird. Er argumentiert, dass auch die neuen Medienumgebungen nicht immun gegen Monopolisierungstendenzen sind und dass sich Konsumentenfreundlichkeit nicht von allein nur durch den Wettbewerb herstellt.

Cuilenburg, Jan van: On competition, access and diversity in media, old and new. – S. 183 – 207

Zugangsmöglichkeit und Vielfalt werden als zentrale Konzepte von Kommunikationspolitik entwickelt und in ihrem Zusammenhang diskutiert; der Autor entwickelt daraus Hypothesen und Überlegungen zur Weiterentwicklung von Kommunikationspolitik

Leung, Louis; Wei, Ran: Who are the mobile phone have-nots. – S. 209 – 226

Eine innovationstheoretisch angelegte Untersuchung in Hongkong ergibt, dass es eher ältere, ärmere und weibliche Menschen sind, die kein mobiles Telefon (stattdessen eher einen Pager) haben. Die polarisierende ökonomische Entwicklung lässt erwarten, dass die Unterschiede zwischen Besitzern und Nichtbesitzern von mobilen Telefonen stärker werden.

Dwyer, Tim; Stockbridge, Sally: Putting violence to work in new media policies: Trends in Australian Internet, computer game and video regulation. – S. 227 – 249

Political Communication

Jg 16 (1999) Nr 3

Blumler, Jay G.; Kavanagh, Dennis: The Third Age of Political Communication: influences and features. – S. 209 – 230

Das Schwerpunktheft nimmt die Ergebnisse eines Symposions auf, das der Frage nach einer neuen, dritten Epoche der politischen Kommunikationsforschung gewidmet war. Ausgangsthese war die Vermutung, dass die heutigen sozialen, technischen und ökonomischen Veränderungen die alte politische Ordnung und den Beitrag der Medien und der Kommunikation dazu radikal beeinflussen.

Mancini, Paolo: New frontiers in political professionalism. – S. 231 – 246

Mazzoleni, Gianpietro; Schulz, Winfried: „Mediatization“ of politics: a challenge for democracy?. – S. 247 – 262

Schlesinger, Philip: Changing spaces of political communication: the case of the European Union. – S. 263 – 280

Gurevitch, Michael: Whither the future?: some afterthoughts. – S. 281 – 284

Sapiro, Virginia; Soss, Joe: Spectacular politics, dramatics interpretations: multiple meanings in the Thomas-Hill-Hearings. – S. 285 – 314

McLeod, Jack M.; Scheufele, Dietram A.; Moy, Patricia: Community, communication, and participation: the role of mass media and interpersonal discussion in local political participation. – S. 315 – 336

Babad, Elisha: Preferential treatment in television interviewing: evidence from nonverbal behavior. – S. 337 – 358

Public Opinion Quarterly

Jg 63 (1999) Nr 2

Erikson, Robert S.; Wlezien, Christopher: Presidential polls as a time series: the case of 1996. – S. 163 – 177

Green, Donald P.; Gerber, Alan S.; Boef, Suzanna L. de: Tracking opinion over time: a method for reducing sampling error. – S. 178 – 192

Chen, Jie: Comparing mass and elite subjective orientations in urban China. – S. 193 – 219

Martin, Elizabeth: Who knows who lives here?: within-household disagreements as a source of survey coverage error. – S. 220 – 236

Burden, Barry C.; Mughan, Anthony: Public opinion and Hillary Rodham Clinton. – S. 237 – 250

Singer, Eleanor; Groves, Robert M.; Corning, Amy D.: Differential incentives: beliefs about practices, perceptions of equity, and effects on survey participation. – S. 251 – 260

Publizistik

Jg 44 (1999) Nr 3

Schönhagen, Philomen: Der Journalist als unbeteiligter Beobachter. – S. 271 – 287

„Auf der Basis gesellschaftstheoretischer Überlegungen – ausgehend vom Symbolischen Interaktionismus, Wissenssoziologie und Konstruktivismus – wird die zentrale Rolle des Journalismus im Prozeß der sozialen Konstruktion von Wirklichkeit diskutiert ...“

Sutter, Tilmann: Medienkommunikation als Interaktion?: Über den Aufklärungsbedarf eines spannungsreichen Problemfeldes. – S. 288 – 300

Der Autor entwickelt auf der Basis systemtheoretischer Theoreme eine kritische Auffassung gegenüber Ansätzen, die „interaktive“ Medienkommunikation mit Hilfe der Kategorie „soziale Interaktion“ analysieren. Im Schlussteil des Aufsatzes werden Überlegungen „zur Stellung interaktionstheoretischer Analysen bei der Erforschung neuer Kommunikationsräume“ angestellt.

Staschen, Björn; Ohlemacher, Thomas: Informantennetzwerke und Berichterstattung einer Großstadtzeitung. Komplexitätserweiterung durch Spezialisierung?. – S. 301 – 316

Tenscher, Jens: „Sabine Christiansen“ und „Talk im Turm“. Eine Fallanalyse politischer Fernsehtalkshows. – S. 317 – 333

tv diskurs**(1999) Nr 9**

von Gottberg, Joachim: Selbstkontrolle – ein Modell für Europa?: 200 europäische Experten diskutieren über Medienregulierung. – S. 4 – 7

Schlußfolgerungen des Expertenseminars zur Selbstkontrolle im Medienbereich. – S. 8 – 11

Jugendschutz in Europa: Filmfreigaben im Vergleich. – S. 12 – 13

Schmitt, Georg Joachim: Krieg in der Schöpfung: Filme als Rezipienten des Gewaltdiskurses. – S. 14 – 17

Freitag, Burkhard: Katharsis. – S. 18 – 27

Cornelißen, Waltraud: Alltagswelt und Fernseherlebnis. – S. 35 – 36

Bachmair, Ben: Horrorfilme im Kopf: Wie Mädchen Szenen aus Horrorfilmen mit Angst und ihren Themen verbinden. – S. 37 – 51

von Gottberg, Joachim: Der Blick ins Monströse und wiederhergestellte Maßstäbe: Bei der Aufarbeitung von Talkshows spielt die Moderation eine entscheidende Rolle. – S. 52 – 57

Talkshows in der öffentlichen Meinung: Ergebnisse einer forsa-Umfrage. – S. 58 – 62

von Gottberg, Joachim: Heftiger Streit und Überraschungsgäste: Nach einer Häufung von Problemfällen geht es in Talkshows wieder ruhiger zu. – S. 63 – 65

Knoll, Joachim H.: Jugendliche und Jugendschutz: Einige Anmerkungen wider einen statistischen „Jugend“-Begriff. – S. 66 – 75

Mohr, Inge: Die Praxis in der ARD: Jugendschutz im öffentlich-rechtlichen Rundfunk. – S. 76 – 81

Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht**Jg 43 (1999) Nr 7**

Ossenbühl, Fritz: Medienfreiheit und Persönlichkeitsschutz: Die Entscheidungsstruktur des Bundesverfassungsgerichts in kritischer Perspektive. – S. 505 – 513

Der Verfasser erläutert die Kriterien, nach denen das Bundesverfassungsgericht Persönlichkeitsrechtsverletzungen durch Meinungsäußerungen – innerhalb und außerhalb von Pressezeugnissen und Rundfunksendungen – beurteilt. Er betont zunächst, dass das Gericht stets die besondere Bedeutung der Meinungsfreiheit hervorhebt; es bezeichnet sie als „schlechthin konstituierendes Element“ der demokratischen Staatsordnung und unabdingbare Voraussetzung eines freien und offenen politischen Prozesses. Im nächsten Schritt geht der Verfasser auf die sog. Ver-

mutungsformel ein, wonach eine grundsätzliche Vermutung zu Gunsten der freien Rede in einer die Öffentlichkeit wesentlich berührenden Frage spricht. Der Ehrenschutz trete dadurch gegenüber der Meinungsäußerung fast völlig zurück. Die äußerste Grenze werde lediglich durch die Formalbeleidigung und die sog. Schmähkritik markiert. Von Schmähkritik könne erst gesprochen werden, wenn es nicht mehr um die Auseinandersetzung in der Sache geht, sondern die Diffamierung einer Person im Vordergrund steht. Das Fazit des Autors lautet: „Der Ehrenschutz wird damit einer vermeintlich gefährdeten Funktionsfähigkeit der öffentlichen Meinungsbildung geopfert.“ Anschließend werden die Kriterien beleuchtet, nach denen das Bundesverfassungsgericht zwischen Tatsachenbehauptung und Werturteilen unterscheidet (erwiesen oder bewusst unwahre Tatsachenbehauptungen sind vom Schutz durch die Meinungsfreiheit ausgenommen) und die Behauptung von Tatsachen beurteilt, deren Wahrheit oder Unwahrheit sich nicht beweisen lässt. Hier bemängelt der Autor, dass das Gericht in Zweifelsfällen Äußerungen als Meinungsäußerungen einstuft und bei Tatsachenbehauptungen die dem Äußernden auferlegten Recherchepflichten zu „niedrig gehängt“ werden. Anschließend wendet sich der Verfasser der Frage zu, aus welcher Perspektive die jeweilige Äußerung beurteilt wird. Das Gericht stelle zwar auf das Verständnis eines durchschnittlichen, verständigen Empfängers ab, lasse aber häufig die subjektive Sicht des Äußernden mit einfließen. Im letzten Schritt wird die Deutung der jeweiligen Äußerung durch das Gericht untersucht. Das Bundesverfassungsgericht schließt zunächst alle objektiv unmöglichen Deutungen aus. Von den verbleibenden Deutungsmöglichkeiten dürfen die Fachgerichte die für den Äußernden günstigen nicht unbeachtet lassen, sondern nur mit tragfähigen Gründen ausschließen. Der Autor kritisiert, dass bei Zurückweisung der Entscheidung an die Fachgerichte diesen aufgrund der Maßgaben des Bundesverfassungsgerichts kaum noch Spielraum verbleibe. Verdeutlicht wird diese Ansicht mit zwei Beispielen: Die „Soldaten sind Mörder“- und die „TITANIC/ geb. Mörder“-Entscheidung (BVerfG NJW 1994, 2943; BVerfGE 93, 266; 86, 1).

Schulz, Wolfgang; Wasner, Utz: Rundfunkrechtlich relevante Fragen der Lizenzierung und Frequenzverwaltung nach dem TKG. – S. 513 – 528

Das Zusammenspiel zwischen telekommunikationsrechtlichen und rundfunkrechtlichen Frequenzregeln ist an vielen Stellen noch recht disharmonisch. Nach der Darstellung der verfassungsrechtlichen Prämissen, die ein Spannungsfeld zwischen ökonomischem und publizistisch orientiertem Regelungsansatz erzeugen, das durch unterschiedliche Gesetzgebungs- und Verwaltungskompetenzen noch zusätzlich aufgeladen wird, beleuchten die Autoren einige strittige Punkte des einfachgesetzlichen Rechts. Während die Frage, unter welchen Voraussetzungen der Betrieb von Rundfunksendeanlagen einer telekommunikationsrechtlichen Lizenz bedarf, noch recht unproblematisch zu beantworten ist, zeigt sich bei der Frequenzregulierung die komplizierte Verzahnung zwischen den beiden Regelungsregimes. Die Erstellung von Frequenzbereichszuweisungsplänen und Frequenznutzungsplänen wird durch das TKG bzw. hierzu erlassene Verordnungen geregelt. Die für Rundfunk-

dienste vorgesehenen Frequenzen werden dann rundfunkrechtlich den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten oder der jeweiligen Landesmedienanstalt zugewiesen, die für die Frequenzverteilung an die privaten Rundfunkveranstalter zuständig ist. Die Frequenz wird dann nach Telekommunikationsrecht per Verwaltungsakt zugeteilt. Ungeregt ist beispielsweise, unter welchen Voraussetzungen die Regulierungsbehörde für Post und Telekommunikation die Länder über ungenutzte Rundfunkfrequenzen informieren muss. Auch die Tatsache, dass die Grundlage des mehrstufigen Frequenzverteilungsverfahrens, der Frequenzbereichszuweisungsplan, noch nicht erlassen worden ist, sorgt für Rechtsunsicherheit. Die Autoren gehen kurz auf internationale Vorgaben und das EU-Grünbuch für Frequenzpolitik ein. Zudem weisen sie darauf hin, dass noch ungeklärt ist, welcher Rundfunkbegriff dem TKG zugrunde liegt und welche Frequenzträger Gegenstand der telekommunikationsrechtlichen Frequenzordnung sind (Streitpunkt sind vor allem die Kabelfrequenzen). Die Regeln über die Zuteilung bestimmter Frequenzbereiche für den Rundfunk sind nach Auffassung der Autoren dahingehend verfassungskonform auszulegen, dass in diesem Bereich eine Zusammenarbeit zwischen Bund und den für Rundfunk zuständigen Ländern erforderlich ist. In Bezug auf die konkrete Festlegung der Frequenznutzung werden verfassungsrechtliche Bedenken geäußert, da lediglich die Zustimmung des Bundesrates vorgesehen ist. Auch die Frequenzzuteilung wird als problematisch angesehen, da als Voraussetzung hierfür das Vorliegen einer medienrechtlichen Genehmigung verlangt wird, aber unklar bleibt, wie sich diese Regelung in Bezug auf die Programme öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten sowie auf zulassungsfreie Mediendienste auswirkt.

Frey, Dieter: Das öffentlich-rechtliche Fernsehen im Wettbewerbsrecht der EG. – S. 528 – 542

Die europarechtliche Zulässigkeit der Finanzierung öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist seit langer Zeit ein Streitpunkt, selbst nachdem die Regierungsvertreter im sog. Amsterdamer Protokoll bestimmt haben, dass die Bestimmungen über unzulässige Beihilfe nicht die Kompetenz der Mitgliedstaaten berühren, für die Finanzierung des öffentlichen Rundfunks zu sorgen, damit dieser seine öffentlichen Aufgaben wahrnehmen kann. Der Autor erläutert die europarechtlichen Normen, die für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk relevant sein können: die Freistellung wettbewerbsbeschränkender Verhaltensweisen vom Kartellverbot sowie die Beihilferegeln. Hierzu geht er auch auf die Entscheidungspraxis der Kommission ein. Kern seiner Ausführungen ist Art. 86 Abs. 2 EGV, wonach für Unternehmen, die mit Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut sind oder den Charakter eines Finanzmonopols haben, die Wettbewerbsregeln nur insoweit gelten, als die Anwendung dieser Vorschriften nicht die Erfüllung der ihnen übertragenen Aufgabe verhindert. Anwendungsfälle dieser Norm waren insbesondere die Entscheidungen in Bezug auf den Erwerb von Sportrechten durch die EBU und die Kommissionsentscheidung zur Gebührenfinanzierung von Kinderkanal und Phoenix.

Mayer, Patrick: Rechtsschutzmöglichkeiten privater Rundfunkveranstalter gegen die Pro-

grammexpansion öffentlich-rechtlicher Anstalten: Die Programmmahlbegrenzung nach § 3 SWR-Staatsvertrag auf dem Prüfstand des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg. – S. 543 – 547

Der Autor setzt sich mit einer Entscheidung des VGH Mannheim (vgl. ZUM 1999, S. 588) auseinander, wonach die Programmmahlbegrenzungen im SWR-Staatsvertrag nicht dem Schutz privater Rundfunkveranstalter dienen und diese somit aus der Norm keinen Anspruch auf Einschreiten der Rechtsaufsicht herleiten können. Insbesondere weist der Autor auf alternative Rechtsschutzmöglichkeiten der privaten Anbieter hin: die Normenkontrollklage gegen die Nutzungsplanverordnung, die die Frequenzvergabe regelt, sowie die wettbewerbsrechtliche Unterlassungsklage (§ 1 UWG). Er betont aber auch, dass die Novellierung des Landesmediengesetz von Baden-Württemberg voraussichtlich zur Aufgabe der Frequenzvergabe mit dem Instrument der Nutzungsplanverordnung führen wird.

Köhler, Markus R.: Der Schutz von Websites gemäß §§ 87a ff. UrhG. – S. 548 – 555

§§ 87 a ff. UrhG, die durch Art. 7 IuKDG eingefügt wurden, schließen die Rechtsschutzlücke für diejenigen Gestalter von Websites, die die hohen Hürden der §§ 2, (Werkbegriff: gestalterische Höhe, persönlich geistige Schöpfung) 4 Abs. 2 UrhG (Datenbankwerke in Form von Sammelwerken) oder des jeweiligen Leistungsschutzrechts (§§ 70 – 87 UrhG) nicht überwinden können. Die neuen Normen schützen Datenbanken dann, wenn sie zwar keinen Werkcharakter aufweisen, aber das Ergebnis einer erheblichen Investition sind. Der Autor untersucht die Voraussetzungen für das Vorliegen einer Datenbank, das Kriterium der wesentlichen Investition und wendet sich zuletzt der Frage nach dem Schutzsubjekt der § 87 a ff. UrhG zu.

Müller, Bianca: Die Klage gegen unberechtigtes Sampling. – S. 555 – 560

Jg 43 (1999) Nr 8 – 9

Eifert, Martin: Die Zuordnung der Säulen des Dualen Rundfunksystems. – S. 595 – 603

Der Autor bemängelt, dass das Verhältnis zwischen öffentlich-rechtlichem und privatem Rundfunk in vielen Punkten noch ungeklärt sei. Den verfassungsrechtlichen Strukturvorgaben lässt sich zwar mit dem Bundesverfassungsgericht entnehmen, dass der private Rundfunk an die Erfüllung des klassischen Auftrags durch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk gebunden ist, sie sagen aber wenig über die vielfältigen Zuordnungen auf den verschiedenen Märkten für den „Normalfall“ aus. In dem Beitrag wird zunächst das dem dualen System zugrunde liegende Konzept der strukturellen Diversifikation erläutert und der „verfassungsrechtliche Korridor“ für die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten beschrieben, der zwischen Marginalisierungs- und Marktverstopfungsverbot liegt. Den Schwerpunkt des Textes bildet die Auseinandersetzung mit der Steuerung des Umfangs des Programmangebots öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Der Autor hält gesetzliche Programmmahlbegrenzungen wegen fehlender Staatsfreiheit für verfassungs-

widrig und schlägt stattdessen eine prozedurale Steuerung vor, die bei der Frequenzverteilung ansetzt und dem Gebührenfestsetzungsverfahren entspricht, bei dem zwischen der Bedarfsanmeldung der Rundfunkanstalten und der Festsetzung durch den Gesetzgeber ein unabhängiges Expertengremium eingeschaltet wird.

Hepach, Stefan: Die Kommission zur Ermittlung der Konzentration im Medienbereich: Verselbständigungstendenzen eines Organs unter Berufung auf das rundfunkspezifische Gebot einer effizienten Konzentrationskontrolle? – S. 603 – 614

Der Autor setzt sich mit mehreren Beschlüssen der Kommission zur Ermittlung der Konzentration im Medienbereich (KEK) auseinander (u. a. „Premiere Digital“, Untätigkeit beim Prüfverfahren „Discovery Channel“). Aufgrund der 50%igen Beteiligung der KirchGruppe an der Discovery Channel Betriebs GmbH beschloss die KEK, das Verfahren in die bereits aufgenommenen Prüfungen (u. a. DSF, „Premiere Digital“) einzubeziehen. Im Rahmen dieses Verfahrens kam es zur Auseinandersetzung um die Frage, ob die marktbeherrschende Stellung eines Unternehmens auf dem Zuschauermarkt vom Erreichen eines bestimmten Prozentsatzes abhängt, oder ob auch qualitative Kriterien herangezogen werden können. Nach Ansicht des Autors ist eine marktbeherrschende Stel-

lung erst ab 28,5 % Zuschauermarktanteil denkbar. Bei der Entscheidung zu „Premiere Digital“ ging die KEK davon aus, dass auch Marktzutrittschranken, die von technischen Bedingungen abhängen, in die Bewertung einzubeziehen seien. Der Autor ist der Auffassung, dass Zugangsfragen, wie sie in § 53 RStV thematisiert werden, nicht in den Kompetenzbereich der für Konzentrationskontrolle zuständigen KEK fallen. Die Märkte für technische Dienstleistungen könnten nicht als verwandte Märkte im Sinne des § 26 Abs. 2 RStV eingestuft werden. Die KEK habe somit ihren Funktions- und Aufgabenbereich in den genannten Entscheidungen überschritten. Im letzten Schritt werden die Verfahren dargestellt, mit denen gegen ein mögliches Fehlverhalten der KEK vorgegangen werden kann.

Deuschle, Thomas: Anmerkungen zum Beschluß des BayVGH vom 18.12.1998 zur Untersagung künftiger Schleichwerbung. – S. 614 – 618

Leßmann, Andreas: Die vertragliche Nutzungsrechtseinräumung an Datenbanken in der Informationsgesellschaft. – S. 623 – 628

Gabel, Detlev; von Lackum, Jens: Zur Schutzfähigkeit von Wortkreationen, auf der Grundlage des Urheberrechtsgesetzes. – S. 629 – 632